

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfenning.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Mittwoch, den 15. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Die Abrüstung.

So oft die geduldige Menschheit es hören will, wird ihr von oben herab die tröstliche Gewissheit verkündet, daß der Friede gesichert sei. Man ist an diese Phrase schon so gewöhnt, daß man sie kaum mehr beachtet. Nur wenn plötzlich einmal ein dunkles, drohendes Kriegsgewölke aufsteigt, wie es beim österreichisch-serbischen Konflikt der Fall war, dann entrustet sich die Menschheit, daß sie so wenig von dem erfährt, was in den „höheren Regionen“ vorgeht, und sie hat die dunkle Empfindung, daß sie sich eigentlich in einer permanenten Kriegszugefahr befindet. Erfährt man dann noch einiges Nähere über das Treiben einzelner Diplomaten, wie Holstein oder Delcasse, oder muß man einer so gefährlichen Komödie wie seinerzeit dem diplomatischen Duell Lehrenthal-Swolski zusehen, so kann man das Unbehagen nicht los werden, das ein über dem Haupte hängendes Damoklesschwert verursacht. Die kluge Mahnung, welche die alte Internationale den Völkern zuteil werden ließ, ihren Regierungen bei deren diplomatischen Streichen mehr als bisher auf die Finger zu sehen, ist zwar nicht ohne Wirkung geblieben, aber die Rüstungen haben einen so unheimlichen Umfang angenommen, wie es niemand voraussehen konnte. Sicherlich wird es eine der schwierigsten Aufgaben der Kulturnationen sein, aus dem unheilvollen Zustand, in den sie sich mit ihren Rüstungen hineingeraten haben, wieder herauszukommen. Aber so schwierig die Lösung, so dringend erforderlich erscheint sie auch. Den herrschenden Klassen selbst ist der gegenwärtige Zustand unheimlich geworden, so vielen Vorteil sie auch aus ihm ziehen mögen. Denn jedermann fühlt doch, daß es eine Grenze für die Steigerungen der Rüstungen gibt, wo nur die Wahl zwischen Erschöpfung oder Katastrophe bleibt. Und so sehr man sich vor diesem Dilemma fürchtet, so unaufhaltsam treibt man ihm zu.

Man sah im vergangenen Jahrzehnt eine ungeheure Koalition gegen Deutschland, größer als seinerzeit die Koalitionen gegen das republikanische und kaiserliche Frankreich. Man schrieb die Urheberchaft dem dicken Edward von England zu, der bei seinen verschiedenen Besuchen allerlei Intrigen gesponnen haben mag. Allein die eigentlichen Ursachen lagen tiefer; die Koalition war eine Folge der sonderbaren Politik des Deutschen Reiches, die sich in den Diensten der herrschenden Klassen so ausschließlich gestellt hat, daß sie ad absurdum geführt werden mußte. Die agrarische Zollmauer an den Grenzen, die Flotten- und Weltpolitik nach außen waren es, welche die Koalition gegen Deutschland verschuldeten. Die östlichen Sünder und die deutschen Industrie- und Handelsproben glaubten die Welt brüskieren zu können. Die Wirkung war die Steigerung des Rüstungsfiebers bis zum Wahnsinn und das Hineintreiben des Reiches in eine unabsehbare Defizits- und Pumpwirtschaft.

Aber es kam eine Wendung. Der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution entwaffneten den im Osten stets drohenden Koloss des zarischen Despotismus. Der Zweibund ist nicht mehr was er war. Wenn der Dreibund gelockert ist, so ist der Zweibund degradiert worden. Er gebietet nicht mehr in Europa. Beim serbisch-österreichischen Konflikt zeigte sich, daß Rußland keinen Krieg im Westen wagen kann. Damit ist die Wendung gekommen. Es trat nach und nach eine Entspannung der Situation ein. Rußland hat die an seiner Westgrenze gehäuft streitkräfte, die eine stete Drohung bildeten, vermindert; eine Verständigung mit Deutschland ist zustande gekommen; die große Koalition besteht nicht mehr.

Da sollte man meinen, der Gedanke an Abrüstung müsse bedeutend an Raum gewinnen.

Bei den besitzlosen Volksmassen braucht er das nicht erst; diese lassen so schwer unter den Lasten des bewaffneten Friedens und unter dem Druck des Militarismus überhaupt, daß eine Erleichterung mit einem allgemeinen einzigen Subelschrei begrüßt werden würde. Darüber braucht man kein Wort zu verlieren, was die Goldschreiber der herrschenden Klassen von den „kriegerischen Völkern“ auch fasseln mögen. Aber die Regierungen und die „oberen Jehntausend“ der einzelnen Länder denken anders. Die englische Regierung hat einen vorsichtigen Versuch der Anregung einer Abrüstung gemacht und hat damit einen ehrenbetübenden Lärm der Säbeträger und Kriegsheher im eigenen Lande macherlassen. Aus Deutschland hat ein entsprechendes Echo geantwortet. Bei uns sind nicht etwa nur freibjame Leutnants, sondern auch Professoren und Spielbürger geneigt, jeden als einen nicht normalen Menschen zu betrachten, der ernstlich an die Möglichkeit einer Abrüstung glaubt.

Trotz der Entspannung wird der Gesellschaftskörper Europas weiter vom Rüstungsfieber geschüttelt. Dem Reichstage ist eine Vorlage auf Vermehrung der deutschen Armee zugegangen, die in der Kommission bereits eine Mehrheit gefunden hat; in Österreich ist man mit neuen gewaltigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande beschäftigt, durch welche Italien zu neuen Anstrengungen getrieben wird. Herr Lehrenthal versichert, Österreich stehe zu allen Mächten, namentlich auch zu Rußland, in guten Beziehungen, aber die Erhaltung des Friedens verlange neue Rüstungen. Der bulgarische Kriegsminister kündigt an, daß man über eine bulgarische Armee von 400 000 Mann verfüge und frohlockt, daß die Türkei im Kriegsfall gegen Bulgarien nur 700 000 Mann zur Verfügung habe, da sie in Ägypten beschäftigt sei. Die Türkei ist in einen schwierigen Krieg in Arabien verwickelt und man hat nicht unrecht, wenn man annimmt, daß englische Intrigen den arabischen Aufstand gefördert haben. In England gehen neben den Flottenrüstungen die immer stärker werdenden Bestrebungen her, die englische Landmacht nach dem Muster der großen kontinentalen Armeen umzugestalten, und der russisch-deutschen Annäherung scheint eine englisch-französische auf dem Fuße gefolgt zu sein. Immer neue Vorgehen und neue Interessengemeinschaften; überall Bestrebungen nach Ausbreitung und Befestigung. Das europäische Kapital sucht neue Ausbeutungsobjekte im Orient und in überseeischen Ländern und will hinter sich Flotten und Heere haben, um mit dem gehörigen Nachdruck auftreten zu können, wenn Interessensphären verletzt werden.

Man kann un schwer erkennen, daß es die herrschenden Klassen sind, die ein Interesse am Bestande großer Heere und Flotten und deren Vermehrung haben. Außer dem kapitalistischen Expansionstrieb kommen noch andere Momente in Betracht: die Versorgung von Angehörigen der herrschenden Klassen in Stellen und Ämtern in Armee und Flotte und der ungeheure Profit, welcher ganzen Industriezweigen aus der Versorgung der Armeen und Flotten mit ihren Produkten erwächst. Für das gute Volk aber sind die schönen Redensarten von der Macht und Größe des teuren Vaterlandes, welche die Steigerung der Rüstungen erfordern.

Der Militarismus ist ein Bestandteil der Klassenherrschaft und steht und fällt mit dieser. Es ist bezeichnend, daß die Länder, die sich vom Militarismus mehr oder weniger frei hielten, wie England und Nordamerika, mit der Entwicklung der kapitalistischen Herrschaft auch dem Militarismus immer näher kommen.

So ist der Kampf gegen die Klassenherrschaft auch zugleich der entscheidende Kampf für die Abrüstung und für die Befestigung des Weltfriedens. Es gibt keine andere Macht, welche die Menschheit von der schrecklichen Geißel des Krieges befreien kann, als die klassenbewußten und organisierten Proletarier aller Länder.

## Politische Rundschau

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Dienstag die Beratung des Marineetats fort. Der nationalliberale Flotten- und Kolonialenthusiast Dr. Semler machte mit aller Grazie, die ihm eigen, einen Kotau vor dem Großadmiral Prinz Heinrich und gab deutlich zu verstehen, daß ihm eigentlich das Tempo der Flottendvermehrung noch viel zu langsam ist. An der Streichung der Heizerzulage will Herr Semler unschuldig sein, und daran, daß Herr Bethmann fortgesetzt den Reichstag schwänzt, hat er nichts auszusagen. Der alte Herr Schröder, sonst immer noch einer der entschiedensten Liberalen, war bekanntlich schon marinefreundlich, als die Mannen um Richter noch stark im Antimarinismus beharrten. Aber so ganz dem Übermarinismus Semlers schloß er sich denn doch nicht an, und die Kürzung der Heizerzulage beantragte er wieder rückgängig zu machen. Der Staatssekretär redete wieder einmal von seinem warmen Herzen, das die Heizer leider nicht in Geld ummünzen können. Sodann ergriff, noch vor den Rednern erster Serie der kleineren Gruppen, als unser zweiter Fraktionsredner Noske das Wort, der, ohne die Fragen der allgemeinen Politik außer acht zu lassen, ganz besonders die an den Heizern geübte Sparsamkeit zum Gegenstand einer vernichtenden Kritik machte und eine namentliche Abstimmung über unseren Antrag, die volle Zulage wieder herzustellen anbahnte. Die Antwort des Staatssekretärs auf des Gen. Noske wohl begründete Anklagerede zeugte ebenso von naiver Auffassung wie von rednerischer Ungeheuerlichkeit. Der nationalliberale Dr. Weber verbreitete sich über die Zustände auf den Werften, wobei er eine

nicht gerade tiefgreifende, aber bisweilen zutreffende Kritik übte. Die Nationalliberalen wollten die schwarzblaue Benachteiligung der Heizer mitmachen, während die Nationalisten, wie der folgende sonst recht belanglose Redner, Herr Herzog, erklärte, die Übernahme dieses Odiums abzulehnen. Es sprachen noch die fortschrittlichen Abgg. aus Schleswig-Holstein Struve und Dr. Leonhart, deren kritische Bemerkungen den Staatssekretär zu den gewöhnlichen, ellenlangen, unbehilflichen Erwidierungen veranlaßten. Zwischendurch hat Regierungskommissar Erzberger zum zweitenmal in dieser Debatte den großen Mund auf. Die Entscheidung über die Heizerzulage wird in der Mittwochssitzung fallen.

#### Aus der Budgetkommission.

In der Sitzung am Dienstag gab der Vorsitzende v. Samp folgende Erklärung ab: Die Mitteilung der französischen Zeitung „Matin“ über den Inhalt der vertraulichen Erklärungen, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres abgab, hat einigen deutlichen Zeitungen Veranlassung gegeben, der Budgetkommission oder doch einzelnen Mitgliedern derselben den Vorwurf des Vertrauensbruchs zu machen. Dieser Vorwurf findet dadurch seine Widerlegung, daß, wie ich hiermit feststellen will, die Angaben des „Matin“ in allen wesentlichen Punkten unrichtig sind. — Diese Erklärung fand in der Kommission allseitige Zustimmung.

Es folgte dann die Beratung des Etats, der sich aus der Bewilligung der neuen Militärvorlage ergibt. Da bei den Verkehrstruppen für die Zukunft eine unverhältnismäßig große Zahl höherer Offiziere gefordert wird, so z. B. allein 8 Generale für 17 Verkehrsbataillone, setzte die Kritik lebhaft ein, die zu einigen Abträgen führte. Ferner wurde die so oft schon behandelte Militärmusikerfrage wieder erörtert, ebenso die Konkurrenz, die die Militärkapellen den Zivilberufsmusikern bereiten. Wie Generalmajor Wandel behauptete, ist für den Bereich der Gardekörps ein neuer Tarif ausgearbeitet worden, der sich den wesentlichen Positionen des Zivilmusikertarifs anschließt. Auch sonst sollen die Generalkommandos gehalten sein, wegen der Feststellung der Tarife mit den Organisationen der Zivilmusiker zu verhandeln. Genosse Noske wies darauf hin, daß auch der vom Kommando des Gardekörps aufgestellte Tarif in wichtigen Punkten nicht mit dem der Zivilmusiker übereinstimme. Der Umfang der von den Militärkapellen ausgeübten Nebenbeschäftigung sei so enorm, daß die Gesundheit der Leute stark benachteiligt werde, wie ja auch ein großer Teil der Militärmusiker früh der Invalidität verfallen. Die Militärmusik sei überhaupt nur auf militärische Dienstleistungen zu beschränken. Gegen freisinnige Kritiker wies General Wandel darauf hin, daß sich die Freisinnigen bei der Feier der Verschmelzung der drei freisinnigen Gruppen zur fortschrittlichen Volkspartei auch der Militärmusik statt der Zivilberufsmusik bedient hätten. Alle Welt verlange Militärmusik zu hören. — Weiter fand eine Aussprache über das unglaublich vielgestaltige Zulagewesen beim Landheere statt, das üppiger noch als bei der Marine blüht. Die Kommission stimmte folgender Zentrumsresolution zu: den Reichskanzler zu ersuchen, bis zum nächsten Etat eine Denkschrift über das Zulagewesen ausarbeiten und darin Vorschläge zur einheitlichen Regelung zu machen. Der Extraktat wurde erledigt. Am Mittwoch beginnt die Beratung des eigentlichen Militäretats.

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Dienstag setzte das Haus die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern fort. Der konservative Abg. v. Bieberstein kam auf die Ausführungen des Genossen Hirsch vom Montag zurück und nahm die Landräte gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz. Ebenso lebhaft trat er für die Berliner Polizei ein; er bezeichnete die von unserm Genossen angeführten Tatsachen als unkontrollierbare Beschuldigungen und behauptete, der Ehrenbild sei rein. Abg. Tramezinski brachte Beschwerden über die Behandlung der polnischen Bürger und der Abg. Riffen Beschwerden über die Behandlung der Dänen vor. Der Minister ging auf die Beschwerden der Dänen überhaupt nicht ein und die Polen fertigte er damit ab, daß er eine energische Fortführung der Ostmarkenpolitik in Aussicht stellte. Unserm Genossen Hirsch antwortete er kurz, er habe seinen früheren Ausführungen nichts hinzuzufügen. Im Gegenzug zu dem Minister gab der Abg. Eusebi der besten Enttäuschung eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung über die Moabitler Polizeitaten Ausdruck. Nachdem der Zentrumsabgeordnete Marx über die Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit gemauert und christliche Erziehung als Allheilmittel angepriesen hatte, kam es zu einer dramatischen

Aneinandersehung zwischen dem Nationalliberalen Schiffer und dem Abg. Heydebrand. Während der Nationalliberale die Sozialdemokratie als Frucht der Sünden aller bürgerlichen Parteien bezeichnet und aufforderte, die berechtigten Beschwerden des Volkes zu beachten, suchte Heydebrand nachzuweisen, daß die nationalliberale Verhöhnung die Erfolge der Sozialdemokratie begünstigt habe. Seine Rede bedeutet eine scharfe Absage an die Nationalliberalen. — Der Abg. Gronowski (Zentrum), einer der sogenannten Arbeiterführer des Zentrums, erging sich schließlich noch eine Stunde lang in Beschimpfungen und Verdächtigungen niedrigster Art gegen die Sozialdemokratie.

Um 1/2 Uhr wurde die Sitzung auf abends verlagert. Die Generaldebatte ist am Abend zu Ende geführt worden.

In der Abendssitzung wurde auf freikonservativen und nationalliberalen Antrag, nachdem der Nationalliberale Schiffer gesprochen hatte, in der Generaldebatte Schluß gemacht. Damit hatte man unseren Genossen die Möglichkeit genommen, die gegen unsere Partei von Zentrumsrednern gerichteten Verleumdungen zurückzuweisen. In scharfen Worten protestierten unsere Genossen gegen diese unerhörte Kampfweise. Im Verlauf der Spezialdebatte wurde unserm Genossen Liebknecht durch Beschluß der Mehrheit das Wort entzogen. Das ist eine „anständige“ Kampfweise.

### Die Steinnahme des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren

hat im Januar 1911 149,3 Millionen Mark und in der Zeit vom 1. April 1910 bis Ende Januar 1911 1233,6 Millionen Mark betragen. Bei der Einnahme an Zöllen in Höhe von 76,9 Millionen Mark hat u. a. die Einfuhr von Kaffee und Tabak mitgewirkt, die mit 259 000 Doppelzentnern und 58 000 Doppelzentnern wieder eine normale Höhe erlangt hat. Verhältnismäßig hohe Erträge hat die Zündwarensteuer mit einer Steinnahme von 1,8 Millionen Mark und einer Steinnahme von 1,3 Millionen Mark geliefert.

### Die Quadratur des Kreises.

Zu den bevorstehenden Verhandlungen der Handwerker-Konferenz, in der die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk festgelegt werden soll, haben zwei hannoversche „Praktiker“ folgende Forderungen aufgestellt:

„1. Die Entscheidung der „Fabrik oder Handwerk“ kann sich nur darauf beziehen, ob der ständige Betrieb handwerksmäßig ist oder nicht. 2. Die Entscheidung ist durch eine lokale Gutachterkommission einzuleiten. 3. Für die Entscheidung werden als allgemeine brauchbare Merkmale in erster Linie empfohlen: a) die Art der Betriebsentwicklung; b) Richtung und Form des Warenablasses. 4. Die obigen Vorschläge schließen die Aufstellung von Branchenmerkmalen und eine spätere gesetzliche Regelung nicht aus.“

Wenn diese Forderungen angenommen werden, ist man genau so weit, wie vorher. Eine Abgrenzung der beiden Betriebsarten einwandfrei festzustellen, ist eben eine glatte Unmöglichkeit.

### Geistig und körperlich vollständig gesund.

Der Präsident der preussischen Herrenhäuser, Freiherr v. Manteuffel, beabsichtigt sein Amt als Landesdirektor der Provinz Brandenburg niederzulegen. Die Meldung interessiert weniger durch die treuherzige Verabschiedung des „Lokalanzeigers“, der Manteuffel sei geistig und körperlich vollständig gesund, als durch den Schlusssatz: „Die Wahl des Berliner Polizeipräsidenten von Jagow, der ebenfalls in diesem Zusammenhang (als event. Nachfolger) genannt wird, darf aus inneren Gründen als unwahrscheinlich bezeichnet werden.“

### Amtsmüde Minister.

Die „Deutschen Nachrichten“ wollen erfahren haben, daß der Kriegsmilitärminister sich in den Frontdienst zurückziehen und nach Erledigung des Etats zurücktreten wird. Begreiflich wäre dieser Wunsch, denn Lorbeeren hat Herr v. Heeringen während seiner Tätigkeit nicht ernten können. Daß Herr v. Tirpitz sich mit Rücktrittsgedanken trägt, ist nicht neu, dagegen überrascht es einigermaßen, daß auch der preussische Justizminister Bessler aus seinem Amte zu scheiden gedenkt. — Sei dem in Deutschland herrschenden Regime will freilich ein Ministerwechsel absolut nicht schaden; derselbe Schaden und nicht einmal eine andere Nummer.

### Ein Dementi zur Rede des Prinzen Heinrich.

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die Rede des Prinzen Heinrich, die einiges Aufsehen erregt hat, in tendenziös-gehässiger Weise entstellt in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Der Prinz habe kein Wort von einem inneren Feind gesagt. Er habe im Gegenteil die Bestrebungen weiter Kreise, ihre soziale Stellung zu verbessern, als berechtigt bezeichnet, die nur dann zu verurteilen seien, wenn sie schädliche Formen annehmen.

Wie weit dieses Dementi zutrifft, läßt sich natürlich nicht kontrollieren. Wird behauptet, daß die Rede des Prinzen entstellt in die Öffentlichkeit kam, dann wäre es das einfachste und auch das klügste, den Wortlaut der Rede zu veröffentlichen.

### Wann wird der Reichstag zum Ende kommen?

Der Reichstag hat am Freitag die Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes abgebrochen, um am Montag die Staatsberatung mit dem Marinemat zu beginnen. Wann er wieder an die Strafprozessreform kommen wird, ist ganz unabweisbar, jedenfalls kaum vor Ostern. Was soll aber dann noch fertig werden, wenn es im bisherigen Tempo weiter geht, aber das die „Nordd. Allg. Ztg.“ kürzlich schon ein offizielles Klagegelb anstimmte. Daß es aber so langsam geht, ist im wesentlichen Schuld der Regierung, die sich allen noch so dringlichen Reformen im Sinne moderner Justizreformen widersetzt und den von großen Mehrheiten der Volkswirtschaft getragenen Wünschen ihr schroffes „Nein“ entgegenstellt.

Wann aber nach 2 bis 3 Monaten der Reichstag wieder an die Strafprozessreform herantritt, wie lange wird er dann noch brauchen, um nur diese zu erledigen?

Niemand kann es voraussetzen. 118 §§ des Gerichtsverfassungsgesetzes sind erledigt; fast 90 sind noch nach. Die Strafprozessordnung zählt aber auch noch etwa 500 Paragraphen und das Einführungsgesetz deren 13. Sind alle erledigt, dann kommen noch die dritten Lesungen. Wenn diese Arbeit geschafft ist, dürfte Pfingsten nicht mehr fern sein. Was wird dann aus den anderen Vorlagen? Es steht dann noch die Reichsversicherungsordnung mit zirka 1800 Paragraphen samt Einführungsgesetz aus, dazu der Gesetzentwurf über die eisaß-lothringische Verfassung, das Schiffsfahrtsabgabengesetz, die Gewerbeordnungs-Novelle, Kurpfuschergesetz und noch einiges andere. Diese Arbeit etwa in einer kurzen Herbsttagung zu bewältigen, ist eine bare Unmöglichkeit, zumal auch bei diesen Gesetzgebungsmaterien scharfe Gegensätze zwischen den Parteien untereinander und zwischen diesen und der Regierung vorhanden sind. Hinzu kommt, daß, je näher die Neuwahlen herankommen, die Gegensätze sich naturgemäß verschärfen. Und jede Partei würde es in der Hand haben, das Zustandekommen eines ihr schädlich erscheinenden Gesetzes von dem Umfange z. B. der Reichsversicherungsordnung zu verhindern, indem sie zu den zahlreichen Paragraphen Änderungsanträge stellt. Daß da kurz vor den Wahlen die Verhandlungen mit der nötigen Ruhe und Überlegung geführt werden können, erscheint ausgeschlossen.

Was also machen? Da wäre es, wenn man zu der Ansicht kommt, daß die Vorlagen vor den Neuwahlen doch nicht mehr aufgearbeitet werden können, schon das Beste, baldmöglichst Schluß zu machen und die Neuwahlen rechtzeitig im Herbst vorzunehmen, damit der neue Reichstag mit frischen Kräften an die Arbeit gehen kann. Da er zweifellos mehr in Übereinstimmung mit der Volksstimmung stehen wird als der gegenwärtige Reichstag, ist auch Aussicht, daß er schneller mit seiner Arbeit vorankommen wird.

Das ist's aber gerade, was die Regierung und die reaktionären Parteien, die heute die Mehrheit des Reichstags bilden, fürchten. Sie möchten den gegenwärtigen Reichstag noch bis an das äußerste Ende seiner Daseinsberechtigung für ihre reaktionären Zwecke ausnützen. So wird man vielleicht, entgegen allen Vernunftgründen, doch den Versuch machen, die unzureichende Qualität im Herbst und vielleicht gar bis in den Winter fortzusetzen. Herauskommen wird dabei schwerlich etwas Verständiges. Und für die Neuwahlen wird auch weber für die Regierung noch für die reaktionären Parteien ein Vorteil dabei herauspringen.

### Agrarische Wahrheitsliebe.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Friedrich Hahn, der sein Reichstagsmandat dazu benützt, im Reichstag die Geschäfte des Bundes der Landwirte zu betreiben, hat dieser Tage in einer Rede zur Strafprozessreform die ulkige Behauptung aufgestellt, die Konservativen seien stets für die Lehrer eingetreten. Dabei haben die Konservativen in der Kommission gegen die Zuziehung der Lehrer zum Amte des Schöffen gestimmt. Doch das sieht einen großen Selbst vom Schläge des Dr. Hahn nicht weiten an. Er ging aber noch weiter. Die Agrarier haben eine besondere Zeitung für die Land- und Kleinstadtlehrer gegründet, und nun bringt der Bundesdirektor es fertig, zu behaupten, daß der Bund der Landwirte auch nur einen Pfennig für dieses Blatt aufwende. Derselbe Dr. Hahn war es aber, der am 14. Dezember 1908 ein streng vertrauliches Rundschreiben verschickte, in dem es hieß:

„Sollten aber die Aufwendungen, die von Seiten des Bundes der Landwirte und der Deutschen Tageszeitung für das deutsche Lehrerbblatt gemacht worden sind, nicht umsonst gemacht worden sein, soll die für uns so günstige und unsere Bestrebungen unterstützende Bewegung der Landlehrer von Dauer sein, so muß die Möglichkeit gegeben werden, ihnen in unserem neuen Organ außer den Artikeln, die ihre Interessen vertreten, auch andere wirtschaftspolitische Rost vorzusetzen. Es ist mit anderen Worten eine Lebensfrage nicht nur für die Landlehrer allein, sondern auch für die agrarische Bewegung, in allen Teilen unseres Vaterlandes, daß wir die Landlehrer dauernd an unserer Seite behalten.“

Der Abg. Friedrich Hahn wird es natürlich mit Leichtigkeit fertig bringen, nachzuweisen, daß sich dieses Rundschreiben natürlich mit seinen gegenteiligen Behauptungen im Reichstage vollkommen deckt. Gaffe Dr. Hahn in den Reihen des Zentrums, man könnte ihn mit Fug und Recht für einen höchst gelehrigen Jesuitenschüler halten.

### Der nationalliberale Stadstrompeter.

Der Abg. Paasche, der in seinem Wahlkreis arg vom schwarz-blauen Block bedrängt wird, hat dieser Tage zum Sturm gegen diesen Block geblasen. Er führte aus:

„Als nationale Partei bekämpfen wir mit aller Macht den Umsturz und denken auch nicht an einen Block von Ballermann bis Fehel, aber bei dem Verhalten des schwarz-blauen Blocks kann es zu einer Abwehrmehrfach der ganzen Linken gegen junkerliche und Zentrumspolitik kommen. Bis hierher und nicht weiter! Im Westen fühlen wir die Junkerherrschaft nicht so wie im Osten, aber wer sie kennt, der weiß, daß die Junker nicht den Jungbrunnen des deutschen Volkes bilden. Aus der Masse des Volkes kommt die gesunde Kraft, die uns vorwärts bringt auch aus den leider sozialdemokratisch geführten Massen. Hier werden die Kräfte frei, die uns oben halten im Wettbewerb der Völker, hier wird das Wort wahr gemacht: Deutschland in der Welt voran! Nicht aus den Reihen des Herrn v. Heydebrand gehalten ist die Kräfte der Zukunft.“

Das klingt ganz gewiß leidlich vernünftig, nur darf man nicht vergessen, daß es einer der hervorragendsten Drehscheiben-Politiker war, der sich zu diesen Auslassungen verließ. Deshalb ist diesen Worten eine besondere Bedeutung nicht beizumessen, denn wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, werden sich die Nationalliberalen ganz besonders bemühen, als Schleppenträger der Reaktion zu fungieren.

### Ein „Erfolg“ des Reichsverbandes.

Der Reichsverband General v. Liebert hat auf dem konservativen Parteitag für Anhalt und für die Provinz Sachsen seine übliche abgedroschene Vernichtungsrede

gegen die Sozialdemokratie gehalten, um dann zu einer Schilderung der „Erfolge“ überzugehen, die der Reichsverband aufweisen könne. Viel war es freilich nicht, denn seit mehr als Jahresfrist eilt bei politischen Wahlen der Reichsverband von Niederlage zu Niederlage. Aber Herr v. Liebert konnte erzählen:

„Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie habe es schon dahin gebracht, daß Arbeiter, die früher der Sozialdemokratie angehörten, austraten und die bisherigen Parteigelber auf die Spartasse brachten.“

Großartig! Eigentlich sollte aber damit die erzieherische Arbeit des Reichsverbandes noch nicht beendet sein, er muß die „bekehrten“ Sozialdemokraten soweit bringen, daß sie ihre Eripatrie dem Reichsverband zur Verfügung stellen — brauchen kann er es, nachdem ihm die Beamten den Rücken gekehrt haben.

### Das Strafrecht der Zukunft.

Der bekannte Dresdener Staatsanwalt Wulffen, der beruflich sich nicht von anderen öffentlichen Anklägern unterscheidet, hat wiederholt in interessanten rechtsphilosophischen Schriften anerkannt, daß die sozialen Verhältnisse weit mehr als der „Verbrecherrille“ für die Straftaten verantwortlich sind. In der „Magdeburger Zeitung“ (No. 77 vom 11. Februar) äußert sich Wulffen unter dem Titel „Das Strafrecht der Zukunft“ erneut wie folgt zu dem zeitgemäßen Thema:

„Unter heutigem Strafsystem entbehrt der Gerechtigkeit zunächst insofern, als es keine ethisch befriedigende Maßnahme für die Zuerkennung der Strafen hat. Eine unbillige, eine verbrecherische Handlung läßt sich nur unter Anwendung von Willkür in Jahre, Monate, Wochen und Tage einer Freiheitsentziehung umwerten. Keine Gerechtigkeit bietet Strafrecht und Strafprozeß darin, daß die Verurteilung und ihre Folgen in zahllosen Fällen, zu der Verbrechensverübung und deren Wirkungen in einem Mißverhältnisse stehen. Die Existenz des Verurteilten wird vernichtet, seine Familie darbt; die Erziehung der Kinder wird vernachlässigt, die Gefahr besteht, daß sie ebenfalls dem Verbrechen verfallen. Dabei wird durch die Verurteilung des Verbrechens der Schaden des Verlegten ganz selten repariert. So bleibt also das Mißverhältnis zwischen Verbrechensverübung und Verurteilung bestehen und wird als solches instinktiv sehr wohl empfunden. Niemals dürfen Strafrecht und Strafprozeß in ihrer jetzigen Gestalt erwarten, den Beifall des Volkes zu finden. Kommen noch andere, organisatorische Mängel der Strafjustiz, Unzulänglichkeiten in der Person der Beamten hinzu, so darf man sich nicht wundern, wenn das Volk seinem Unmute offen Luft macht.“

Gegenüber der psychologischen und sozialen Notwendigkeit des Verbrechens, die wir dargelegt haben, sind die Strafen wirkungslos und deshalb nicht gerecht. Hierin liegt das große Geheimnis. Nicht die Bestrafung des Verbrechens, sondern die sittliche Evolution des Menschengeschlechts, die ihren zwar langsamen, aber stetigen Gang geht, bessert den Menschen und „schräkt ab“ vom Verbrechen. Es wird eine wehmütige Erkenntnis, künftiger Jahrhunderte werden, wenn sie angeht, dieser Wahrheit die harten Strafen der jetzigen Zeit an sich vorüberziehen lassen, wie wir es heute mit der Vergangenheit tun.

So haben wir den Standpunkt gewonnen, aus dem allein wir die zweckmäßige und ethische Befähigung des Rechtsbrechers ableiten können; aus dem Verhältnisse des Menschen zum Mitmenschen, als der allgemeinen Menschheitsliebe. Für eine entehrende Verurteilung und für eine Berachtung des Verurteilten bleibt kein Raum. Nur von Sicherungsmaßnahmen zum Schutze der Gesellschaft kann die Rede sein. Unter diesem Gesichtspunkte haben Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug eine völlige Umbildung zu erfahren. Aber alle diese Maßnahmen stehen erst in zweiter Linie. Abzulösen hat der Staat das Strafrecht — um eine Ablösung desselben handelt es sich — durch soziale, durch sittliche Arbeit an sich selbst. Hat er diese geleistet, so wird seine eigene Sittlichkeit seinen Angehörigen zugute kommen. Das sind keineswegs gesetzgeberische Utopien. Mit Einführung der Jugendgerichte hat der Staat solche soziale Arbeit an sich selbst geleistet. Hierin liegt die tiefere ethische Bedeutung der Jugendgerichte. Der Strafzweck tritt zurück. Der Staat schränkt seine Strafbefugnis ein und widmet sich mit Unterstützung der allgemeinen Wohltätigkeit dem Erziehungswerke an Kindern und Jugendlichen. Soziale Arbeit löst schon hier das Strafrecht ab. Damit ist der Weg für die weitere Entwicklung vorgezeichnet.“

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 15. Februar.

Mit einer faulen Andrede sucht das liberale „Lübecker Tageblatt“ jetzt seiner unklugen Äußerung, daß die Bürgerlichkeit in Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen bei der Erhöhung der Lehrergehälter festbleiben möchte, die Spitze abzubringen. Nicht die Absicht hätte bestanden, etwa zu behaupten, die Lehrer würden ihre Haltung bei der nächsten Reichstagswahl von der Gewährung angemessener Gehaltserhöhungen abhängig machen, sondern es hätte nur gesagt werden sollen, daß die Haltung der liberalen Elemente in der Bürgerlichkeit in dieser etwas prekären Frage für die Reichstagswahlen von großer Bedeutung sei, da man die agitatorische Ausbeutungsweise der Sozialdemokratie und ihre Praxis, rein kommunale Angelegenheiten zu politischen Lebensfragen aufzublähen, tenne.“ Dieser Satz ist zwar etwas lässlich und kompliziert geraten, dafür stammt er aber auch aus dem tiefgründigen „liberalen“ Organ. Wir gestatten uns dazu folgende Bemerkungen: Natürlich werden wir auch die Haltung der Liberalen in kommunalen Dingen, wenn dazu Veranlassung ist, gebührend kennzeichnen und agitatorisch ausnützen. Allerdings nicht in der unwahrscheinlichen und kleinlichen Weise, wie das seitens des „Stadt- und Landboten“ bei der letzten Reichstagswahl gegen unsern Genossen Schwarz geschah. Wie steht es nun mit den jetzt abgelegenen Äußerungen des „Tageblatts“ über die eventuelle Wirkung eines Umfalles der Bürgerlichkeit auf die kommenden Reichstagswahlen? Das „Tageblatt“ schrieb am Freitag wörtlich: „Wir dürfen vormorg bemerken, daß wir als ganz sicher erwarten, daß auch die Bürgerlichkeit fest in ihrem letzten Beschlusse steht. Es steht schließlich, angelehnt an die bevorstehenden Reichstagswahlen, mehr noch als bei der ganzen Beamtenbefolgungsetat auf dem Spiel.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Bleibt sie (die Bürgerlichkeit) bei der Stange oder nicht? Für die Reichstagswahlen bedeutet

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 14. Februar 1911.

127. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratsseite: von Tirpitz.

Zweite Beratung des Marineetat.

Zweiter Tag.

Dr. Semler (N.R.): Protestieren muß sich dagegen, daß der Abg. Ledebour hier versucht hat, die so sympathische und im Volke so beliebte Persönlichkeit des Prinzen Heinrich schuldmeisterlich zu behandeln. — Die Grenzen für den Ausbau unserer Flotte ist der defensive Schutz unserer Küsten, aber ganz selbstverständlich muß sie innerhalb der Defensivität auch die Offensive ergreifen können — sonst brauchen wir keine Kriegesflotte, sondern kämen mit Küstenbatterien aus. Gegen die Streichung der Heizerzulagen haben nicht zuerst die Sozialdemokraten Bedenken erhoben, sondern ich und Herr Struve; unter dem Druck unserer eigenen früheren Entschlüsse und gegenüber dem starken Nein des Staatssekretärs konnten wir schließlich nur die Hälfte der Zulagen durch das Entgegenkommen des Staatssekretärs der Marine wieder einsehen. Wir hätten gern mehr getan, aber es war nicht möglich. Herr Ledebour wünschte gestern die Anwesenheit des Reichskanzlers; aber was sollte er hier, da es sich lediglich um die Durchführung des Flottengesetzes handelt, die mit der auswärtigen Politik nichts zu tun hat. (Beifall b. d. Natl.)

Schrader (Vpt.) erklärt sein Einverständnis, daß für die Hinterbliebenen der Opfer der Unterseebootskatastrophe außerordentliche Mittel bereitgestellt werden sollen. Die Flottenausrüstungen lasteten zwar schwer auf dem Volke, sie seien aber notwendig und auch in Zukunft seien keine Ersparnisse zu erwarten, so lange das gegenseitige Wettrennen der Nationen dauere. Über die Abrüstungsfrage werde man sich aber besser beim Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes unterhalten. Sicher wären wir in dieser Frage schon weiter, wenn unsere Diplomaten nicht zu diplomatisch gewesen wären, als die Frage von England angeregt wurde; an eine Invasion in England denkt bei uns niemand. Unsere Flotte soll lediglich unserem eigenen Schutze dienen. — In den Werkbetrieben sind unlegare Arbeitsstände vorhanden, die daher rühren, daß die Betriebe auf kleine Verhältnisse zugeschnitten waren und bei der allmählichen Vergrößerung in den inneren Einrichtungen nicht fortschritten. — Die Heizerzulagen sind gestrichen worden, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil das Geld in diesem Etat nicht zu beschaffen ist. Aber das wäre Sparfamelei am unrechten Ort, und wir beantragen daher, diese Zulagen wieder in voller Höhe einzusetzen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Staatssekretär von Tirpitz: Daß wir mit den vom Reichstag bewilligten Mitteln eine so große Kampfleistung beim Schiffsbau erzielt haben, verdanken wir in erster Linie dem Vorkommen des Flottengesetzes. Sparfamelei kann nur in großen Dingen geübt werden, nicht bei Kleinigkeiten; der Staatssekretär ist nicht am Plage, der in Bagatellen hineinsteigt wie in das alte Eisen, sondern er ist an seinem Platze, wenn er die Nase über Wasser hält und dafür sorgt, daß in großen Dingen keine Fehler gemacht werden. Eine Flotte wird nicht von heute auf morgen gebaut, sondern dazu bedarf es eines Menschenalters. Ähnliches gilt von dem Werkbetrieb; aber hier ist seit 10 Jahren von Jahr zu Jahr verbessert worden. — Aber auswärtige Politik zu sprechen, ist nicht meines Amtes; ich will nur betonen, daß unser Flottenbau nicht über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus beschleunigt wurde und beschleunigt werden konnte. Es war das ein wunderlicher Irrtum, der in England verbreitet war. Die deutsche Presse hat — das muß ich hervorheben — zu einer Verheerung nicht beigetragen, sondern ist im Gegenteil sehr zurückhaltend gewesen. — Bei der Streichung der Heizerzulagen befanden wir uns unter dem gewaltigen Druck des vorjährigen Beschlusses des Reichstages und der Finanzlage; aber so wie die Zulagen jetzt gestaltet sind, sind sie meines Erachtens auch den Matrosen gegenüber gerecht. Ich

gönne den Leuten ja mehr, aber aus dem Marineetat ist ein Mehr nicht herauszuholen. (Bravo! rechts.)

Roßke (S.D.): Dem Staatssekretär ist gestern bereits für die Sparfamelei, mit der der Marineetat aufgestellt ist, Dank abgestattet worden. Zu besonderen

### Dankbarkeitsbitsen

haben wir keinen Anlaß. Die neuen schweren Steuern reichen eben nicht zu mehr aus, vorläufig ist erst mal wieder der Kriegeminister dran, und die Marineverwaltung mußte sich nach der Decke strecken. — Die Stimmung, daß von Deutschland ein Angriff zu fürchten sei, ist in England leider immer noch vorhanden, und man forderte dort von militärischer Seite, die Flotte solle schleunigst mit 2000 Millionen Mark ausgebaut werden. Der Lord der Admiralty lehnte das ab; die Flotte in solcher Weise auf Schulden aufzubauen, wäre ein erstes Zeichen des Verfalls. (Hört, hört! bei den Soz.) — Herr Erzberger meint, wir brauchen die Flotte für unseren Handel. Ach, wenn wir neue Kriegsschiffe bauen, verkauft unsere Textilindustrie keinen einzigen Strumpf mehr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Andere Länder, z. B. Belgien, denken gar nicht daran, wegen ihres Handels Kriegsschiffe zu bauen. — Der Staatssekretär rednet es sich zum Ruhme an, mit dem Reichstag bewilligten Geldern ausgekommen zu sein.

### Kein großes Kunststück

angesichts der reichlichen Bewilligungen. Herr Erzberger feierte die Fortschritte des deutschen Schiffbaus. Dieselben sind ganz unlegbar. Aber beachtenswert sind die wenigen ausländischen Schiffbestellungen, die in Deutschland gemacht werden. Der Flottenverein ist fortgesetzt an der Arbeit, für die Vermehrung der Flotte — die natürlich sehr im materiellen Interesse einflußreicher Kreise liegt — Stimmung zu machen. Bei dem großen Einfluß, den der Großadmiral von Köster auf diese Bewegung ausübt, ist es recht schwer, zu glauben, daß das Reichsmarineamt diesen Treibern so ganz fern steht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr von Tirpitz sprach von einem „gewissen“ Abschluß der Rüstungen. Ich fürchte, daß Wörtchen „gewissen“ ist mehr zu unterstreichen, als das Wort „Abschluß“. Wir müssen leider damit rechnen, daß die Rüstungen fortgesetzt werden. Ich schließe mich durchaus den Ausführungen des Kollegen Erzberger darin an, daß die

### englische Furcht

vor einem deutschen Überfall völlig unberechtigt ist. Ich gebe auch dem Staatssekretär darin recht, daß die deutsche Presse in der Sprache gegenüber England in den letzten Jahren eine größere Zurückhaltung bewiesen hat als früher. Ich will aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne an dieser Stelle zu erklären, daß beide Länder, England wie Deutschland, alles Interesse am Frieden haben, daß sie von einem Kriege nichts, gar nichts zu erwarten haben. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) Der Reichskanzler hat bei verdienstvollen Gelegenheiten Klage geführt über die Kritik, die hier an deutschen Zuständen geübt wird. Uns wäre es wahrhaft angenehm, zu loben, als zu tadeln. Aber gerade unsere Pflicht gegenüber der Nation zwingt uns zum Tadel. Es ist ganz unlegbar, daß Deutschland, ich erinnere an die Kriegstode des Herrn von Schwarzkoppen auf der Haager Konferenz — sich ablehnend gegenüber der Abrüstungs-Idee verhalten hat. Es ist ebenso unlegbar, daß diese und andere politische Fragen von höchster Wichtigkeit mit dem Marineetat zusammenhängen. Es sind auch von verdienstvollen Rednern solche allgemein politische Fragen in die Debatte geworfen. Der Staatssekretär erklärte darauf, er könne auf die Fragen nicht eingehen. Umso nötiger wäre es gewesen, daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit hier erschienen wäre. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Daß er nicht erschienen ist, zeugt von

### Mißachtung des Reichstages

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Herr Dröschler und andere Redner haben dem Staatssekretär mit allen möglichen Lobsprüchen überschüttet. Auch daß Maß gehalten sei im Bau der Unterseeboote und daß vor dem Kieler Unglück keine Verluste von Menschenleben bei Unterseebootsübungen zu beklagen gewesen seien, wurde zum Ruhm des Staatssekretärs angeführt. Ohne Vorbehalt kann ich nicht in diese Lobsprüche einstimmen. Der

Kieler Katastrophe ist eine Katastrophe in Cuxhaven vorausgegangen. Ich kann auch die Vermutung nicht abweisen, daß im Kieler Hafen die drei Menschenleben gerettet worden wären, wenn das Hebeschiff „Vulkan“ zur Stelle gewesen. Ich muß hier aber auch noch auf einen

### tieftraurigen Fall

eingehen. Im Kieler Hafen ist ein Matrose von Unteroffizieren eines Torpedobootes in geradezu bestialischer Weise zu Tode gemartert worden. (Dreifaches Hört, hört! bei den Soz.) Der Mann ist mit Fußtritten traktiert, mit dem Lauf geschlagen worden (erregte Pfui! - Rufe links), in einen glühenden Raum gestoßen (stürm. Hört, hört! b. d. Soz.), auf ein spitziges Eisen gemorren worden (dreifache stürm. Pfui! - Rufe). Wie ist es möglich, daß solche Bestialitäten geschehen können. Hier müßte doch der Begriff der Notwehr auf die Mannschaften ausgedehnt werden (lebh. Zustimmung), damit sie nicht gezwungen sind, solchen

### kleinen Schinderfuecken

ruhig standzuhalten. Eine weitere Merkwürdigkeit an diesem verwunderlichen Fall ist, daß das Kommando des Torpedobootes dem Vater des Mißhandelten mitteilte, sein Sohn sei an einem „Unfall“ gestorben. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Solchen schändlichen Mißbräuchlichkeiten müssen wir hier entgegentreten. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokr.) Gegen das

### Schmiergelberwesen

kämpft die Marineverwaltung an, aber große Erfolge hat sie nicht dabei, auch im letzten Jahre hat sich wieder gezeigt, daß das Schmiergelberwesen bei der Marine in voller Blüte steht. — Bei den Zulagen sei überall gesparrt worden, wurde hier behauptet, das ist nicht richtig. Bei den Zulagen der Admirale ist nicht ein Pfennig gestrichen. Auch bei der Neuordnung der Tafelgelder wird eine Ersparnis kaum herauskommen; aber bei den Heizern will der Staatssekretär, der sich nicht um Kleinigkeiten kümmern, sondern nur die Nase über Wasser halten will, um die Richtung anzugeben, zehn Pfennige pro Tag streichen. Man wird uns nicht einreden können, daß die 320 000 Mk., welche zur Wiederherstellung der vollen Zulage nötig sind, aus dem 400-Millionenetat nicht herausgeschunden werden können. Wenn unseren Anträgen auf Wiedereinsetzung dieser Zulagen nicht stattgegeben wird, so werden wir auch außerhalb dieses Hauses darauf hinweisen, wie die bürgerlichen Parteien die breiten Volksmassen mit Steuern belasten und auch hier wieder bei den armen Teufeln sparen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Dröschler beschönigt diese Streichung der Heizerzulagen, indem er sagt, der Decresdienst solle eine

### Schule der Uneigennützigkeit

sein. Nun, bei den höheren Stellen merkt man von dieser schönen Uneigennützigkeit und dem Spartauerinnern nichts. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Erzberger meint, unser Antrag würde den Heizern nichts nützen, denn wir lehnen ja nachher den ganzen Etat ab. Nun, dann haben die bürgerlichen Parteien ja doppelt Gelegenheit, sich hier mit der Gloriole der Volksfreundlichkeit zu schmücken. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir werden ihnen Gelegenheit dazu geben, indem wir über die Heizerzulagen namentliche Abstimmung beantragen. Auch ist ganz unzweifelhaft, daß es auf das Konto des Staatssekretärs des Reichsmarineamts zu setzen ist, wenn den

### Heizern der Großen abgeküßelt

wird. Dies Verhalten zeigt, daß ihm das Gefühl für die Empfindungen des gemeinen Mannes abhanden gekommen ist — vorausgesetzt, daß er es überhaupt jemals besessen hat. Statt bei den hohen Herren, spart man bei den armen Teufeln! (Lebh. und wiederholtes Hört, hört! b. d. Soz.) Es sind auch sonst in diesem Etat Streichungen vorgenommen, die uns nicht gefallen; aber vor dieser empörenden Kürzung der Heizerzulagen schwindet das alles. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Sonst feiert man die Traditionen und hier bricht man mit der Tradition, Leuten, die übrigens mehr als Ökonomenhandwerker denn als Soldaten anzusehen sind, für eine schwere, aufreibende Arbeit eine kleine Zulage zu geben. Und dann klagt man uns der Hezerei an, wenn wir ein solches Vorgehen

## Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(67. Fortsetzung.)

Während aber so oben im Hause still und geschäftig Humanität geübt wurde, übten unten Frevel und Hoheit laut und stürmisch ihr Werk. Raum war nämlich das Klosterschloß abgeräumt, als das Geinbe, die Dorfbewohner und einige Vagabunden, welche Wägen gleich unrollich sich einfanden, das Herrenhaus zu durchlöchern begannen. Zunächst ward die Speisekammer erbrochen, der Brantwein ausgegossen und Zeller und Schüssel zertrümmert. Dann zerstreute sich der trunkenen Haufe durch die Zimmer. Die Vagabunden sprangen die Schloßtüren an dem Schreibrand des Hausherrn, warfen Stammbäume und Urkunden auf die Erde und vernichteten sie teilweise sogar zu Frittsen. In Mienen Krell, die aus Zigeunerblut entsprossen war, erwachte das orientalische Naturell. Sie riß sich fast alle Kleidung vom Leibe, tanzte in wilden Sprüngen durch alle Gemächer, schwenkte den Säbel des Burgherrn über den Kopf und verlegte damit bald diesem, bald jenem Ahnenbild einen Hieb ober

Süß. Dabei sang sie fortwährend ein altes Zigeunerlied.

Krup inner! krup inner;  
De Welt is di gram.  
Du dorst nich mehr leben,  
Du müst nu daban.  
Dien Knaken sind old nu,  
Dien Kopp, de is witt:  
Krup inner, krup inner,  
Du kannst nich mehr mit!

Wie kämen vunt Ofen,  
Wiet her van de See.  
Wi trecken as Kreiden,  
As Kronen un Spree —!  
Nu nömmt se uns Laters,  
En jeder uns möt;  
Krup inner int Water,  
Wenert Antentstöt!

Wien Lanke hatte sich über Fräulein Agathens Bett gemacht, das Bett zerschritten und ließ die Federn

ein Spiel der Wunde werden. Einige halberwachsene Jungen hatten einen Einbruch in die klösterliche Garderobe getan und klangen jetzt in eiergelben Safranhosens umher, während sich eine dicke Wagg in der roten Ritteruniform des Gutsherrn langsam und würdevoll bewegte. Kurzum alles war im besten Zuge und selbst ein Münchener Grabhof würde außer Stande sein, unten den gegebenen Verhältnissen ein bunteres und effektvolleres Quodlibetbild zusammenzustellen, als hier ein betrunkenen Janhagel aufstellte.

Anfänglich wurde auch die Wochentube vom tobenden Gesinde bedroht, als aber die im Hause weilenden Mütter von der alten Stina vernahmen, wie es dort auslag, da bildeten sie durch Wort und Tat einen schützenden Korbon um ihre junge Mitschwester, und die Jungen, welche noch eben rohe und wüste Flüche gefordert hatten, klüfferten leise, und die Füße, welche noch eben möglichst derbe getrampelt, schlüffen jetzt ohne Schuhe und Pantoffeln über Flur und Treppen.

Im unteren Teile des Hauses ward übrigens das Werk der Zerstörung tapfer fortgesetzt, und fast war es vollendet, als der Herr von Plümeran auf dem Burghofe einritt. Kaum wurde dies unter den Tumultuanten und Frevelanten bekannt, als sie von einer blauen Furcht befallen wurden. Im Nu liefen alle, groß und klein, durch die Hintertür ins Freie und verkrochen sich in ihren Wohnungen, oder im angrenzenden Lannenwalde. Selbst die alte Stina entfernte sich für den Augenblick, denn sie spürte keine Lust, dem ersten Grimme des Herrn zu begegnen.

Eine Grabesstille herrschte im Hause, als der Herr von Plümeran eintrat. Er erstaunte darob nicht wenig und rief nach den Diensthofen, nach der Schwelger und nach der Tochter. Aber nicht einmal ein Echo antwortete ihm. Er trat jetzt in die Küche und erbot sich nicht wenig über die hier herrschende Unordnung und Zerstörung. Nach den Diensthofen schreitend lief er nun in die Wohnzimmern, und der Anblick, welchen er hier hatte, wirkte so mächtig auf ihn ein, daß er anfänglich wie erstarrt da stand. Dann trat er zu den zerlegten Bildern, befahl sie, schlug sich mit der Hand vor die Stirn und riß sich die Augen und endlich überzeugt, daß kein Traum ihn äffe, brach er in ein wildes, unartikuliertes Gebraule aus und rannte wie rasend durch alle Zimmer. Völlig erschöpft sank er zuletzt in einen alten Sorgenstuhl,

meinte wie ein Kind und brüllte dann, zornig mit den Füßen stampfend, wieder nach seinen Leuten.

Nach geraumer Zeit kam es ihm in den Sinn, in das obere Stockwerk zu steigen. Das Zimmer seiner Schwelger glich einem Greuel der Verwüstung. Jeder Fußtritt stäubte eine Menge Vertbaunen auf, und die Nachgarderobe der feuchten Jungfrau lag verstreuet am Boden. Zerklagen war alles Geschirr, und der Inhalt der Bomadenbüchsen klebte an den Tapeten. „Die ist tot, tot wie der Tod von Lübeck!“ sagte leise Herr von Plümeran und hob mechanisch eine Scherbe des Geschirrs auf, „tot ist sie, wie der römische Kaiser.“ Was einem König Krone und Zepher ist, was einem Regiment die Fahne, was einem Janitscharen der Feldkessel ist, das war ihr dieser Tod. Blutsch ist sie, wie Neumann, und wie die Giszaffen vom vorigen Winter. — Gestorben und begraben; Gott habe sie selig!

Herr von Plümeran schritt weiter und gelangte in Rossumens Schlafgemach. Da lag diese bleich und regungslos in der Ecke und aus einem verdeckten Korbe, der zur Seite stand, ertönte ein leises Gemurmel. Der Burgherr schlug die Decke des Korbes zurück, als er aber das Kind darin liegen sah, da hielt er sich und sein ganzes Haus für behergt. Ihn ergriff eine eilige Angst und ohne ein Wort zu sagen, rannte er die Treppe hinab und närrte barhäuptig zum Hause hinaus und ins Dorf zum Pastorat.

Herr Pastor Ritt hatte von allen, was auf dem Hofe vorgefallen war, einigermaßen Kunde. Nicht Feigheit allein, sondern auch Schadenfreude hatten ihn abgehalten, einen Versuch zur Beruhigung der Tumultuanten zu machen. Als aber der Herr von Plümeran ihm jetzt ins Haus kam, da hielt er es geraten, sich ganz unwissend über das, was während der letzten Stunden auf dem Hofe vorgegangen war, zu stellen. Nur über das gefundene Kind gab er die Auskunft, daß dieses Rossumens und daß, soviel ihm bekannt, Eugen der Vater desselben sei. Diese Nachricht übte den natürlichen Eindruck auf den Burgherrn, sie erfüllte ihn mit grimmigen Zorn gegen den vermeinten Verführer. Als aber nun der Herr Pastor noch weiter erzählte, daß Eugen jetzt wieder in Pösdorf weile und die Absicht habe, die Pflegetochter des Pastors, die obenreim eine Jüdin sei, zu heiraten, da geriet der arme Ritter in eine so grauliche Wut, daß dem Herrn Ritt um seine eigene Sicherheit bange wurde.

(Fortsetzung folgt.)

festnageln. Ich kann mir keine antimilitaristische Handlungswiese vorstellen als diese Kürzung der Heizerzulagen. Das weise übrigens mit Entrüstung die Unterstellung zurück, daß wir die Leute aufreizen. Wir haben in der Kommission nur, und zwar nachdem wir provoziert waren, auf die möglichen Folgen hingewiesen, die eine solche

#### gehäßige Maßregel

wie die Kürzung oder Streichung der Heizerzulage in bezug auf den Mannschaften haben könnte. — Wir bitten dringend, es nicht bei der Wiederherstellung der halben Zulage bewenden zu lassen, sondern die ganze Zulage wieder herzustellen. Agitationsstoff brauchen wir nicht, wir haben genug und übergenug davon, wenn Sie uns aber durchaus noch mehr Agitationsstoff liefern wollen, nun, so denken wir an das alte Sprichwort: man die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Fall einer Heizermishandlung ist von dem Vorredner mit den Heizerzulagen in Verbindung gebracht worden. (Abg. Noke [SD.]: Ist mir gar nicht eingefallen.) Gegen Niederträchtigkeiten und Schweißlichter brauchen wir Ihre Hilfe (zu den Soz.) nicht, sondern dagegen wehren wir uns selbst. (Widerspruch bei den Soz.) Das Kriegsgericht hat den betreffenden Unteroffizier in öffentlicher Verhandlung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt; dem Gerichtsherrn genügt das nicht, und in zweiter Instanz wurde der Unteroffizier zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört, hört! recht.) Gegen die Aufsicht führenden Instanzen ist das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Es ist also alles geschehen, was geschehen konnte. (Lebh. Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Matib.) Die Schmiergelder sind keineswegs Mißbrauch bei der Marine, wie der Herr Vorredner es darstellte; es sind einige Fälle mit Dotaliers vorgekommen, doch ist dem für die Zukunft ein Riegel vorgeschoben. Bei den Zulagen sind auch bei den Offizieren sehr erhebliche Abkürzungen gemacht worden. Herr Noke meint, wir tragen mit der Streichung der Heizerzulagen selbst Unzufriedenheit in unser Personal. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer sich darum bemüht, Unzufriedenheit in unser Personal zu tragen, ist ja bekannt. Natürlich sind die Leute nicht erbaut von der Aussicht, Zulagen zu verlieren; aber die Herren (zu den Soz.) brauchen sich nicht zu beunruhigen, wenn von der zuständigen Stelle aus das Befohlene ist, so wird die Unzufriedenheit aufhören. (Schallende St. b. d. Soz.)

Dr. Weber (N.): Die Sparsamkeitsbestrebungen des Staatssekretärs verdient Anerkennung und Unterstützung. In der Erwartung, daß den Heizern anderweitige Vergünstigungen gewährt werden, werden wir gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Wiederherstellung der vollen Zulage stimmen. — Redner bespricht eingehend die Zustände auf den Reichswerken, behauptet, daß die Arbeiter selbst manchmal in Arbeiterausschüssen auf Herabsetzung der Affordolöne dringen (St. b. d. Soz.) und tadelt die furchtbar fiktive Schwerefälligkeit mit der der Rechnungshof die Revisionen vornimmt. Schließlich wendet er sich gegen die Begünstigung der Warenhändler durch Werfbetriebe. (Beifall b. d. Mat.)

Staatssekretär von Tirpitz erklärt, daß in dem Wilhelmshavener Warenhaus, das ausschließlich für Arbeiter bestimmt sei, Offiziere und Beamte nicht kaufen dürfen.

Derzog (Wagg.) erklärt, daß seine Partei gegen Streichung oder Kürzung der Heizerzulagen stimmen werde.

Dr. Leonhardt (FVp.): Die Bindung durch das Flottengesetz, die Herr Erzberger rühmt, ist einseitig, sie bindet den Reichstag, nicht aber die Verwaltung. Wie sich die Bauten und ihre Kosten in den nächsten Jahren gestalten werden, vermag heute noch niemand zu sagen, auch der Staatssekretär nicht. (Sehr richtig! b. d. Freisinnigen.) Herr Dröbner lobte gestern die Marinoverwaltung, aber schlecht paßte dazu, was er über die gestrichene Heizerzulage sagte. Der schwere Dienst der Heizer verlangt auch eine besonders gute Bezahlung, und deshalb verlangen wir die unverzügliche Wiederherstellung der Heizerzulagen. Daß die Rede des Prinzen Heinrich hier in der Weise zur Sprache gebracht wurde, wird ihm wohl selbst sehr überraschen, über den inneren Feind hat er wohl nur seine Privatmeinung ausgesprochen, meine Freunde haben jedenfalls eine andere Meinung über den inneren Feind. Aberrichtig war uns die Mitteilung des Staatssekretärs, daß Prinz Heinrich als Großadmiral weder Pension noch Gehalt bezieht. Das ist sehr erfreulich, und wir würden uns freuen, wenn noch mehr solche Fälle vorhanden wären. (Bravo! b. d. Vp.)

Werner (N.) lobt die Flottenpolitik. Die Rede des Prinzen Heinrich, die übrigens im kleinen Kreis gehalten, und nicht für die große Öffentlichkeit bestimmt war, zeigt durchaus vernünftige Anschauungen, über die sich niemand aufzuregen braucht. (Bravo! recht.)

Erzberger (Z.) verwahrt sich dagegen, den Staatssekretär übermäßig gelobt zu haben. Herr Noke stellte es so dar, als ob die Zahl der Kriegsschiffe Deutschlands nur von unserer Verlegenheit abhängt. Ich frage ihn, warum denn England mit dem Schiffbau nicht innehält. Gerade England hat zuerst große Schiffe gebaut und uns dazu genötigt, in der Größe der Schiffe zu folgen. Das hat auch der englische Sozialdemokrat Wardford anerkannt. (Abg. Ledebour [SD.]: Der ist nicht Sozialdemokrat.) Er war doch auf dem internationalen Kongress in Stuttgart. (Abg. Fischer [SD.]: Nein, dort war Quetsch.) Der nimmt etwa die Erklärung ein wie Herr David in den Monatsheften. (Abg. Soehre [SD.]: Der schreibt ja gar nicht mehr für die Monatshefte.) Ist ihm sogar das schon verboten? (Abg. Fischer [SD.]: Bei uns wird nicht so viel verboten, wie bei Ihnen. Denken Sie an den Modernisteneid!) Präsident Graf Schwerin bittet den Redner, auf die Zwischenrufe nicht einzugehen.

Erzberger (fortfahrend) sucht noch einmal den Abschied an den Heizerzulagen zu rechtfertigen.

Dr. Straube (Vp.) beklagt die Konkurrenz, welche die Bekleidungsämter den Handwerkern machen. — Seine Denkschrift über die Werfbetriebe sei ja allgemein anerkannt worden. — Bei den großen Gehältern der Offiziere kann der Fortfall der Zulagen getragen werden. (v. Oldenburg [R.]: Berichteten Sie doch auf Ihre Mäntel!) Sehen Sie mit gutem Beispiel voran, Herr v. Oldenburg; das wird Ihnen allerdings bei Ihrer bekannten Voremannate-Vorliebe recht schwer fallen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Solange noch Zulagen an Offiziere bezahlt werden, wie die

#### Selgoland-Zulage

die auch 10000 Mark beträgt, ist es garnicht zu verantworten, wenn die Zulagen der Heizer gekürzt werden. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär von Tirpitz: Die Selgoland-Zulage ist erheblich gekürzt worden, aber ganz kann sie nicht gekürzt werden, bei dem zurückgezogenen Leben in Selgoland

werden die Offiziere ja bösig.

(Sr. Pitt.) Da müssen sie doch so gestickt werden, daß sie sich gelegentlich mal aufhängen können. (Zuruf: daß sie nach Hamburg fahren! Pitt.)

Dr. Straube (N.) tritt nochmals dafür ein, den Heizern die volle Zulage zu belassen.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung, die über die Heizerzulagen namentlich sein soll, wird morgen erfolgen.

Noke (SD, zur persönlichen Bemerkung): Der Staatssekretär hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich bei der Erwähnung der Mishandlung eines Heizers durch einen Unteroffizier die Bestrafung des Totschlägers nicht erwähnt habe. Ich hatte dazu keine Veranlassung, denn ich wußte, daß dieser Totschläger noch nicht Schußmann in Moabit war und deshalb auch für die von ihm begangene Mishandlung keinen Orden bekommen hat. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Nachher Justizetat.)

Schluß 7¼ Uhr.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Verurteilte Münzverbrecher.** Das Schwurgericht in Hannover verhandelte gegen die beiden internationalen Münzverbrecher, die Italiener Robert Maccaferte und Alfons Lamaque, die in Hannover im Jahre 1909 falsche 100-Lire-Scheine untergebracht haben. Die beiden Verbrecher wurden von Schweden ausgeliefert, wo sie wegen des gleichen Verbrechens zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden sind. Sie wurden unter Jubilation mildernden Umständen zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

## Aus Nah und Fern.

**Ertrunken.** Zwei Knaben aus Spandau hatten sich auf das Eis des Griebnissee gewagt. Wählich brach der eine von ihnen ein und ertrank. Augenzeugen des Vorfalls konnten dem Verunglückten keine Hilfe mehr bringen. Der See wurde abgeseucht, doch ist die Leiche bisher nicht gefunden worden. Der andere Knabe lief davon, so daß die Personalien des Verunglückten noch nicht ermittelt werden konnten.

**Noch im Tode staatsgefährlich!** Unserem dahingegangenen Paul Singer ist noch nach seinem Abscheiden die größte Ehre widerfahren, die einem waterlandlosen Gesellen geschehen kann: Die Militärbehörde hat ihn boykottiert! Sie hat in Halle a. S. den Kriegern für die Zeit, wo Singers Beerdigung im Wilde vorgeführt wird, den Besuch der Kinematographentheater verboten! Ein Boykott in aller Form zu waterländischen Zwecken. So geschehen in Halle im Jahre des Heils 1911.

**Dynamitexplosion in einem Steinbruch.** Bei Lindau am Bodensee ereignete sich ein Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Wie ein Telegramm meldet, sollten bei Lindau vier Arbeiter Dynamit zum Steinprengen anwärmen. Wählich erfolgte eine furchtbare Explosion. Einer der Arbeiter wurde über eine sechzig Meter hohe Felswand geschleudert, wo man ihn gräßlich verstümmelt tot auffand. Die drei anderen Arbeiter wurden in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht.

**Verhaftung eines Postanweisungsschwindlers.** Vor einiger Zeit gingen bei der Post in Frankfurt a. M. gefälschte Anweisungen ein, die nur von einem Kundigen in den Betrieb gebracht worden sein konnten. Sie waren genau und richtig ausgefüllt und gestempelt. Ein Mann, der sich Getreidemaler Ackermann nannte, erhielt darauf zusammen 3500 Mk. Als man sich nach Entdeckung der Fälschungen nach diesem Ackermann umsah, war er aus Frankfurt verschwunden. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß der Schwindler auch in Berlin gewesen war. Hier hatte er unter dem Namen Karl Kramer in einer beschriebenen Wohnung im vierten Stock in der Mittelstraße gewohnt und durch Postanweisung 1,05 Mk. erhalten. Diese Anweisung hatte der angebliche Kramer, hinter dem sich, wie festgestellt wurde, ein vor zehn Jahren aus dem Dienst entlassener, aus Danzig gebürtiger Postassistent Max Popp verbarg, an sich selbst gerichtet, um in den Besitz eines Stempelabdrucks zu kommen. Mit dem Abdruck begab er sich zu einem Stempelschneider und ließ sich den Stempel unter der Vorpiegelung nachmachen, daß er ihn für „Utpakere“ gebrauchen wolle. Der Stempelschneider war unvorsichtig genug, den Auftrag auszuführen. Popp benutzte den Stempel, um mehrere Anweisungen zu fälschen, die er dann auf der Strecke zwischen Berlin und Köstrin unter die Postfächer eines Eisenbahnjuges einschmuggelte. Das Ergebnis war, daß er auf die falschen Anweisungen, die auf verschiedene Summen lauteten, im ganzen 5000 Mk. ausgezahlt erhielt. Bevor die Postverwaltung hinter diesen Streich kam, war Popp aus seiner Wohnung und aus Berlin verschwunden. Dann verlegte er seine Tätigkeit nach Hannover. Die Postverwaltung deckte unterdessen die Fälschungen auf, und so gelang es jetzt, Popp in Hannover zu verhaften.

**Gegen den Übergriff eines Gendarmeren hat nach dem „R.“ die holländische Regierung Vorstellungen bei den preussischen Behörden erhoben und Genugtuung verlangt. Ein Gendarm soll den berüchtigsten Schmuggler Karsten, auf dessen Ergreifung 300 Mk. Belohnung ausgelegt sind, bei Grauwagen, 50 Mk. jenseits der Grenze auf holländischem Gebiet verhaftet haben. Karsten setzte der Verhaftung großen Widerstand entgegen, wobei er sowohl als auch der Gendarm verletzt wurden. Schließlich wurde Karsten auf einen Handkarron nach Kranenburg und später in das Gefängnis nach Kleve geschafft. Die Beschwerde Hollands richtet sich gegen die Verhaftung eines holländischen Staatsbürgers auf holländischem Boden und gegen die gewaltsame Verschleppung des Schwerverletzten auf preussisches Gebiet.**

**Der Herzog als Schwindler.** Ein großer Gesellschafts-skandal bereitet sich gegenwärtig in Madrid vor. Der „Bais“ meldet, daß der Herzog von Montemar, ein spanischer Grande 1. Klasse, demnach wegen Betruges verfolgt werden wird. Der Herzog hatte sich mit einer Komtesse de los Andes, die ihm eine reiche Witwit, namentlich in Liegenenschaften im Gebiet von Xeres in die Ehe brachte, verheiratet. Kurze Zeit nach der Vermählung trennten sich die Ehegatten und der Herzog von Montemar verzichtete auf die Witwit gegen eine monatliche Pension von 300 Pesetas. Dieser Betrag war natürlich bei der luxuriösen Lebensweise des Herzogs nicht ausreichend und der Herzog wandte sich an einen Wucherer, der von ihm verlangte, daß er ein Dokument von seiner Gattin beibringe, was ihm gestatte, Hypotheken auf deren Besitzungen aufzunehmen. Der Herzog von Montemar versprach dem Wucherer, dieses Schriftstück beizubringen und sand bald eine Frau, die dem Alter nach als seine Schwiegermutter hätte gelten können, ebenso zwei Männer, die ihm dabei als Zeugen dienen sollten. Alle vier begaben sich zu einem Notar, wo das verlangte Dokument ausgestellt wurde. Bevor sich der Herzog von Montemar nach der Republik Argentinien auf Reisen begab, machte er von dieser Affäre anderen Personen Mitteilung, wodurch die Mutter seiner Gattin, Gräfin de los Andes, von den Betrügereien ihres Schwiegerohnes erfuhr und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattete. Man erwartet sensationelle Verhaftungen.

**Kapitalistischer Mord.** Der Abbau der Marmerbrüche von Carrara findet heute unter ganz primitiven Verhältnissen und ohne jeden zeitgemäßen Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter statt. Wie der „Warrior“ erzählt, sind im Jahre 1910 1510 Arbeiter Opfer eines Betriebsunfalls geworden. Von diesen sind 19 gestorben und über 200 waren mehr als drei Monate arbeitsunfähig. Die Zahl der dauernd Verkrüppelten ist nicht angegeben. Der Abbau wird von zahlreichen Gesellschaften betrieben, unter denen sich auch eine große englische und eine französische Aktiengesellschaft befindet. Viele Gefahren könnte eine vermehrte Verwendung der Maschinen herabmindern, aber die Maschinen sind noch immer kostspieliger als Arbeiterleben.

**Eisenbahn-Unfall bei Chartres (Frankreich).** Auf der westlichen Staatsbahn hat sich gestern in der sechsten Abendstunde ein Unfall ereignet. Der um 5 Uhr nachmittags vom Pariser West-Bahnhof mit dem Ziel Brest abgelassene Schnellzug stieß auf der Station Courville bei Chartres mit einem Güterzug zusammen. Beide Züge lingen Feuer, das sich auch auf einen auf dem Nebengleis stehenden Personenzug übertrug. So kam es, daß zu gleicher Zeit drei Züge in Flammen standen. Die Mehrzahl der Passagiere konnte die Abteile verlassen, aber auf dem Waggon hinter der Schnellzug-Lokomotive kam kein Passagier unverfehrt davon. Den Expressewagen erreichte das Feuer glücklicherweise nicht, sodaß die darin befindlichen Personen aussteigen konnten. Aus einem brennenden Waggon zog man die schon verfohlenen Leichen von 8 Personen hervor. Die Zahl der Verwundeten wird auf 10 geschätzt.

**Schneestürme.** In der ganzen Krim herrscht ungewöhnlich heftiger Schneefall. Der Schnee liegt so hoch, daß viele Dörfer vom Verkehr abgeschnitten sind. Der Gouverneur, der nach Jalta reisen wollte, mußte sich durch drei Meter tiefen Schnee einen Weg bahnen lassen. Viele Schafherden erfrieren. Obstbäume und Säune werden von den Einwohnern als Heizung verwendet. Die Kohlenlager im Donezgebiet können den Bedarf nicht decken. — Der Verkehr mit Lâbris ist wegen Schneeverwehungen eingestellt worden.

**Strenger Winter.** Aus Konstantinopel wird berichtet: Die Kälte und die Schneewehen in den anatolischen Provinzen haben einen Grad erreicht, wie er seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen war. Die Durchschnittshöhe des Schnees beträgt fünf Meter. Auf den Anatolischen Eisenbahnen wurde am Sonnabend der Verkehr gänzlich, auf der Linie Smyrna-Kassaba und der Abidinbahn fast gänzlich eingestellt. In einzelnen Orten Anatoliens ist eine größere Anzahl von Menschen erfroren. Ganz unheimlich ist das rubelweise Auftreten von Wölfen; diese kommen bis an die Stationen. In Schumra wurden zwei Frauen und ein Kind 300 Meter vom Bahnhof von Wölfen gefressen; ebenso fielen bei der Station Ababaar und anderswärts mehrere Menschenleben den Wölfen zum Opfer.

**Glockensignale durch Unterseeboote.** In Cherbourg unternahm mehrere Unterseeboote den Versuch, dem in einer Entfernung von sieben Seemeilen entfernten Panzerschiff „Douvines“ mittels Glocken verschiedene Signale und Meldungen zu übermitteln. Die Versuche gelangen vollständig. Ein ebenso befriedigendes Ergebnis hatten die Versuche des mit einer Telefontelefonanlage ausgerüsteten Tauchbootes „Piriel“, welches dem Panzerschiff alle auf der Fahrt in den Hafen von Cherbourg geschickten Schiffe mittels Funkentelegraphie signalisierte.

**Schwere Gezehe im Gerichtssaal.** Zu mühen Ausschreitungen kam es in einem Sitzungssaal des Justizgebäudes in Prag bei einer Verhandlung, die sich gegen fünf „schwere Jungen“ richtete und mit deren Verurteilung zu langjährigen Kerkerstrafen endete. Schon während der Verhandlung benahmen sich vier der Angeklagten roh und widerspenstig und ergingen sich in groben Beschimpfungen gegen Gericht und Polizei. Der Haß der Angeklagten und ihrer im Zuhörerraum befindlichen Freunde richtete sich besonders gegen ihren fünften Komplizen Kral, der geknöpft war und sie durch seine Aussagen belastet hatte. Während der Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden kürzte sich einer der Angeklagten auf Kral und verjagte ihm mehrere wichtige Faustschläge in das Gesicht, so daß ihm das Blut aus Mund und Nase strömte. Auch die anderen verurteilten Raubgesellen kürzten sich unter wüstem Geschrei auf Kral und auf die im Saale anwesenden, intervenierenden Justizwacheleute. Kral fiel blutüberströmt vom Stuhl. Es entstand eine allgemeine Panik, während der einzelne der im Zuhörerraum befindlichen Genossen zwischen die Mannschaften und die Verurteilten zu gelangen suchten. Die Angeklagten versuchten sich durch Faustschläge gegen die Justizsoldaten den Weg zur Tür freizumachen, um die Flucht ergreifen zu können. Die bedrängten Wacheleute zogen schließlich blank und trieben die Anstürmer mit ihren Säbeln zurück. Nachdem der Kampf noch eine Weile fortgedauert hatte, wurden die Gezehenden von den Justizsoldaten überwältigt und gefesselt in ihre Zellen zurückgeführt.

**Die Pest in Ostasien.** Vorgefem starben in Cherb in an der West 29 Chinesen, gestern starb ein unbekannter, auf der Straße aufgehobener Russe. Der Generalgouverneur des Amurgebietes kündigt die Ausweisung von vier tausend arbeitslosen Chinesen aus Wladimostok, Nifokst und Chabarowsk an. Die Zahl der Todesfälle in Judjabjan in der letzten Woche gesunken, heute betrug sie 43. Bisher wurden dort gegen siebentausend Leichen verbrannt. Die Straßen werden von Leichen gesäubert und die nicht tief genug eingegrabenen werden ausgegraben, um verbrannt zu werden.

## Genossenschaftsbewegung.

Der Verband rheinisch-westfälischer Brotfabrikanten hat sich schon mehrfach durch die, gelinde gesagt, mehr als naive Art ausgezeichnet, in der er alle Welt außerordentlich für den Profit der Herren Brotfabrikanten zu wirken. Auf seiner letzten Jahres-Generalversammlung am 18. Jan. in Düsseldorf hat er, wie der „Brotfabrikant“ mitteilt, beschlossen, eine Eingabe an den deutschen Städtetag zu richten, in der darauf hingewiesen wird, daß durch Gründung beziehungsweise Unterweisung der Konsumvereine seitens der städtischen Beamten den Gewerbetreibenden eine unerbittliche Konkurrenz entsteht, und in der die Oberbürgermeister gebeten werden, ein derartiges Vorgehen ihren Beamten zu unterlagen. Vielleicht verlangen die Herren nächstens noch, daß jede Behörde ihren Beamten einen Mindestbrotkonsum vorschreibt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiling.  
Verleger: L. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

# Inserate

### Ein Proletarierjunge.

Dans konnte nicht einschlafen. Die Arme unterm Kissen verdrückt, die Augen weit geöffnet, lag er da und starrte in das Dunkel des Zimmers hinein.

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

solte, da der Sommerdienst der von dem Inhalte des Zelegramms nichts wusste, den König nicht beschuldigen konnte. Der König beschloß augenblicklich die Verurteilung der Todesstrafe in langjährige Zwangsarbeitsstrafe, aber es war nur mit der größten Anstrengung aller Beteiligten und durch die außerordentliche Schnelligkeit, mit welcher der betreffende Leutnant, Seltsamerweise die Nachricht davon noch wenige Stunden vorher, ehe das Kalb selb, selbst auf den Weg zum König brachte, möglich, zu verhindern, daß die Hinrichtung wirklich stattfand. Dieser Vorgang hatte einen erschütternden Eindruck auf den König gemacht, er hatte tatsächlich bewiesen, wie es unter besonderen Verhältnissen möglich sei, daß ein Menschenleben einem unglücklichen Zufalle zum Opfer fallen könne.

### Allerlei Wissenswerthes.

#### Hohe Fertigungspreise.

Obwohl die Fertigungspreise vor circa einem Jahre keineswegs besonders tief standen, geben sie doch schon überaus stark über die damaligen hinaus. Zum Teil finden sich Preissteigerungen von mehr als 40 Proz., unter 10 Proz. stellt sie sich nur bei schrittweisen Er. Marktpreis-Steigerungen in Getreide, 1910 40 Proz. kostete gegen 88 Proz. Ende 1909. Mit einer überaus schärferen Preissteigerung ragen besonders zwei Sorten hervor. Es sind dies norwegische Fett- & S. -Fertigung, in Hamburg gehandelt, unverzinst, und norwegische Weizenmehl, in Getreide, höherer. Bei ersteren ist der Preis von 21,50 Mk. Ende 1909 auf 31,50 Mk. Ende 1910 gestiegen, bei letzteren stieg sich der Preis auf 34 Mk. gegen 24 Mk. zur entsprechenden Vorjahreszeit. Ende 1908 hatte der Preis dieser Sorte erst 16,50 Mk. betragen. Die Preissteigerung der Sorte Fett- & S. beträgt 46,5 Proz., die der Marke Weizenmehl beläuft sich auf 41,7 Proz. Bei einigen Sorten reichen die Preise fast wieder an die Höhe vom Jahre 1907 heran, in Voreinzel, wie z. B. bei schottischen Er. Buller. Fertigung in Getreide, geht der Preis schon wieder über den damaligen hinaus.

### Aus den Wählbüchern.

#### Der Schröder-Prozess.

Sieben Menschen schuldlos zur Hölle verdammt, sieben Blide gebildet, drei Wahrheit geklärt, sieben Seelen erlöst, ein schuldlos geblieben, sieben Herzen schuldlos gemüht vor der Zeit — Wie war es möglich?

Wohl der blasse Rock mehr als das Bürgerkleid gilt, weil ein Lump, der trägt Beamtenrecht, sieben Erliche umbrüt und wehrlos macht, — So war es möglich!

### Kleines Feuilleton.

#### Zur Geschichte der Todesstrafe.

Durch Gesetz vom 1. Oktober 1898 war in Sachen die Todesstrafe aufgehoben worden, die dann freilich wieder durch das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1870 eingeführt wurde. Aus welchen Gründen das Verbot der Todesstrafe, die Befestigung des amülichen Wortes anreize und durchsetzte, erzählt der schiffische Minister v. Briesen in seinen Lebenserinnerungen (Band II, 1910, S. 48). In Leipzig war ein Nord-begangener worden; der der Zeit Verächter hatte eingeschrieben, und beharrlich gelehrt, die gegen ihn vorliegenden Substanten waren aber so zahlreich und so stark, daß er von den erlernenden Gerichten befreit wurde. Aus denselben Gründen hatte auch der König, gewiß nach ernstlichen inneren Kämpfen, das Urteil bekräftigt, aber, da dem beherrschenden Zeugnissen des Reichstages gegenüber ein Krönung doch immer noch nicht ganz ausgereicht schien, anordnete, daß der Oberstaatsanwalt sich nach Leipzig begeben, bei der letzten Kommunikation des Verurteilten anwesend sein und über das Verhalten des Verurteilten dem König, sofort ausführlich berichten sollte, indem der König einschickte, für den Fall, daß jener auch bei dem letzten Kommunikation und den Ermahnungen des Geistlichen gegenüber bei der Behauptung seiner Unschuld beharren sollte, dann doch noch seine Begnadigung anzusprechen. Die Befehle des Königs wurden pünktlich befolgt, der Bericht des Königs am Abend vor der Hinrichtung, die auf den folgenden Tag früh 7 Uhr festgesetzt war, das heilige Abendmahl, vollkommener ruht, und blieb, unerwarteterweise, durch die Anwesenheit des Geistlichen, bei der Behauptung stehen, daß er unschuldig sei. Der Oberstaatsanwalt telegraphierte deshalb sofort an den König, der sich damals, es war im Dezember 1898, auf einige Tage zum Besuche in Berlin befand. Durch einen unglücklichen Zufall kam der Telegramm erst jetzt in der Nacht in Berlin an. Der König erhielt dasselbe erst am folgenden Morgen, als er nach 6 Uhr erwachte, also ganz kurze Zeit vor dem Augenblicke, wo die Execution in Leipzig stattfinden

solte, da der Sommerdienst der von dem Inhalte des Zelegramms nichts wusste, den König nicht beschuldigen konnte. Der König beschloß augenblicklich die Verurteilung der Todesstrafe in langjährige Zwangsarbeitsstrafe, aber es war nur mit der größten Anstrengung aller Beteiligten und durch die außerordentliche Schnelligkeit, mit welcher der betreffende Leutnant, Seltsamerweise die Nachricht davon noch wenige Stunden vorher, ehe das Kalb selb, selbst auf den Weg zum König brachte, möglich, zu verhindern, daß die Hinrichtung wirklich stattfand. Dieser Vorgang hatte einen erschütternden Eindruck auf den König gemacht, er hatte tatsächlich bewiesen, wie es unter besonderen Verhältnissen möglich sei, daß ein Menschenleben einem unglücklichen Zufalle zum Opfer fallen könne.

### Alle Welt ein Proletarierjunge.

Dans konnte nicht einschlafen. Die Arme unterm Kissen verdrückt, die Augen weit geöffnet, lag er da und starrte in das Dunkel des Zimmers hinein.

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“

„Guten Nacht, Vater, morgen früh um vier Uhr!“



das in mancher Hinsicht Sein oder Nichtsein. Wenn Worte Sinn haben, so wird in diesen zweifellos stillschweigend und taktisch außerordentlich ungeschickten Ausstellungen die Bürgerchaft — von liberalen Elementen — ist niemals die Rede — beschworen, festzubleiben, weil sonst der Ausfall der Reichstagswahlen in Lübeck für das Bürgerium dadurch erheblich ungünstig beeinflusst werden dürfte. Diese „unangenehme Beeinflussung“ muß doch vor allem darin gelegen werden, daß nach Meinung des „Tageblatts“ die Lehrer sozialdemokratisch wählen würden, wenn sie ihre Wünsche nicht erfüllt sehen. Da nicht alles nachträgliche Abstreiten dieser „Unterstellung“ nichts, und wenn es auch in einer noch ledernen Manier geschieht, als man es sonst beim „Tageblatt“ gewohnt ist. So kurz von Gedächtnis und begriffstauglich werden doch die Leser des freisinnigen Organs nicht sein, daß sie am Dienstag nicht mehr wissen sollten, was sie am Freitag schwarz auf weiß gesehen hatten. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die einschüchternden Lehrer bei der Reichstagswahl die Bestimmungen des „Tageblattes“ wahr machen werden. Auch noch aus Gründen, die auf anderem Gebiete liegen, wie die Nichtberücksichtigung ihrer pekuniären Wünsche.

**Die namentliche Abstimmung** in der letzten Bürgerschaftssitzung über den Antrag Fehling, der eine Verbesserung des Gehaltes der Lehrer beabsichtigte, gestaltete sich wie folgt: Mit „ja“ stimmten: Babendererde, Wendfeld, Böbs, Böger, Bruns, Burwitz, Coleman, Dühring, Gffinger, G. Ehlers, Fehling, Gösch, Grünau, Haack, Heise, Hoff, Klein, Köhn, Köhler, Lippert, Löwigt, Rütz, Waack, Mantau, Dr. Jacob Meyer, Möller, Naatich, Aug. Rabe, W. Rabe, Wedelhoff, W. Reimpell, Johs. Reimpell, Rosenquist, Schiemann, Dr. Schlomer, Schöß, Schulmerich, Stellung, Teilmeyer, Dr. Weste. Mit „nein“ stimmten: Babs, Bandholz, Beder, Behn, Dr. Benda, Blund, Boie, Borchert, Boye, Dr. von Broden, Buchwald, Cünze, Dahms, Dimpfer, Eder, Dr. Eichenburg, S. Eichenburg, Johs. Ebers, Fust, Dr. Gilbert, Glasau, Gahn, Hautohl, Heinsohn, Heyd, Hindelbegg, Hobe, Jäde, Jenne, Dr. Jhde, Kahns, Dr. Köhler, K. Köhler, Koch, Köhnke, Meinde, Dr. C. Meyer, Dr. Müller, Reuner, Sneh, Prösch, Pump, Ritter, Sartori, von Schach, Scharf, Schneider, Schöber, Schorer, Schütz, Schwabrock, Selbel, Stallbaum, Stender, S. Thiel, Dr. Wachmann, Dr. Wittern, Dr. Zieh. — Unter den Bürgerchaftsmittgliedern, die mit „nein“ stimmten, befinden sich fünf Lübeckische Staatsbeamte, die einen ganz anderen Standpunkt einnahmen, als es galt, ihre eigenen Bezüge zu erhöhen.

**Die Differenzen** bei der Firma J. J. Strube (Inh. Castelli), Breite Straße 95, sind noch nicht beigelegt. Kein Arbeiter und Kutcher, der etwas auffich hält, darf bei dieser Firma in Arbeit treten.

**Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie** versendet unentgeltlich seine alten Sudelchriften von Hamburg aus an hiesige Einwohner. So erhielten verschiedene Arbeiter dieser Tage die Flugchrift Nr. 18, betitelt „Erlebnisse in der Sozialdemokratie“, eine ausserlesene Sammlung von aus den Fingern gesogenen Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten, die sich würdig der Köhrenschen Bilder-Schmucksammlung an die Seite stellen läßt. Anständige Leute haben für solche Machwerke nur ein kräftiges „Wui Teufel!“ Man kann aber daraus ersehen, daß der Wahlkampf für den hiesigen liberalen bürgerlichen Wahlmannskandidaten sehr vielversprechend anfängt. Wie lange wird es dauern, und die bekannten „zweiheiligen Tiere in Uniform“ kommen wieder als Wahlhelfer des Lübecker Bürgeriums anmarschieren.

**Dürfen Kinder ohne Begleitung Erwachsener die kinematographischen Vorstellungen besuchen?** Das hiesige Schöffengericht hatte sich gestern mit dem Antrage zweier hiesiger Kinematographenbesitzer auf gerichtliche Entscheidung über gegen sie wegen Übertretung der Verordnung vom 4. Juni 1910 betr. Zulassung von Kindern ohne Begleitung Erwachsener ergangener polizeilicher Strafbefehle zu beschäftigen. Im ersten Falle handelte es sich darum, daß der Besitzer an zwei schulpflichtige Kinder ohne Begleitung Erwachsener Karten verabsolgt hatte. Im anderen Falle richtete sich der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen ganzen Wurf von Strafbefehlen und zwar sind es hier 28. Als Zeugen fungierten acht Polizeibeamte. Da innerhalb der Verhandlung Bedenken darüber laut wurden, ob diese polizeiliche Verordnung überhaupt zu Recht besteht, nahm der Vertreter der Staatsanwaltschaft in seiner Antragrede noch Bezug darauf und führte unter anderem aus, daß die Polizei im sittlichen Interesse zum Erlaß der Verordnung berechtigt wäre, durch welche nur eine Eindämmung der Unsitlichkeit herbeigeführt werden solle. Des weiteren hätte der in Frage kommende Unternehmer, selbst wenn die Gültigkeit seines Geschäftes in Frage gestellt würde, derselben nachzukommen und sich ihr zu fügen. Der Staatsanwalt beantragte im ersten Falle die Bestätigung, des polizeilichen Strafbefehls, im zweiten Falle das erste Vergehen mit 5 Mk. Geldbuße oder 1 Tag Haft zu bestrafen, die weiteren 22 Fälle als fortgesetzte Handlung zu betrachten und dafür auf 30 Mark oder 6 Tage Haft zu erkennen. Die Verteidigung beantragte im ersten Falle Freisprechung, im zweiten Falle bezweifelt sie die Gesetzmäßigkeit der Verordnung. Wenn sie zu Recht bestehen sollte, so müßte sie zunächst die dafür in Betracht kommenden gesetzlichen Körperchaften passieren haben und das wäre nicht der Fall. Das Gericht verkündete nach kurzer Beratung: Das Urteil wird ausgelesen und findet die Verurteilung des Urteils am Dienstag, dem 21. ds. Mts., vormittags 10 Uhr statt.

**Jahresbericht der hantewerblichen Hilfsarbeiter, Zweigverein Lübeck für 1910.** Konnten wir im Jahre 1909 berichten, daß sich die Konjunktur etwas gebessert hätte, so waren doch zu Anfang dieses Jahres eine ganze Anzahl Kollegen gezwungen unfreiwillig zu fernern. Noch bis zum März waren durchschnittlich jede Woche über 40 Arbeitslose zu verzeichnen. Neubauten wurden recht wenig in Angriff genommen; es wurde danach getrachtet, die Arbeiten bis zum 1. April ziemlich fertig zu stellen, um die Arbeiter dann aussperrn zu können. So war eine ganze Anzahl von Kollegen genötigt, sich in anderen Verufen Arbeit zu suchen. Die Verhandlungen über das neue Vertragsmuster mit den Arbeitgebern hatten denselben negativen Erfolg wie fast überall in Deutschland, obgleich man uns erklärte, hieran in keiner Weise gebunden zu sein. Die Verhandlungen wurden nun von den Zentralvorständen weitergeführt und da auch hier keine Einigung erzielt wurde, erfolgte am 15. April die Aussperrung der organisierten Bauarbeiter. Der Verbandstag in Leipzig hatte zur Stärkung unserer Kampfkraft Vorlage getroffen, und zahlte wir vom 1. März bis 15. April einen doppelten Beitrag, auch wurde auf die ersten 14 Tage Unterstützung Verzicht geleistet. Hierdurch wurde dem Unternehmertum, welches ausgerechnet hatte, in 14 Tagen müßten unsere Kollegen geleert sein, ein recht dicker Strich durch ihre Rechnung gemacht. Die in Arbeit stehenden Kollegen bewiesen ihre Opferwilligkeit durch Zahlung von Giro-Beiträgen von 20 bis 50 Pfg. pro Tag. Wir wollten aber auch nicht unerwähnt lassen, daß die Gewerkschaften Lübeds sowie die geleimte Arbeiterchaft Deutschlands ihr Solidaritätsgefühl durch finanzielle Unterstützung uns bewiesen hat, wodurch es uns ermöglicht wurde, den uns aufgezwungenen Kampf neun Wochen führen zu können. Durch Schiedspruch von den

Unparteilichen wurde am 18. Juni die Aussperrung für beendet erklärt; auch der Lohn und die Arbeitszeit in den einzelnen Städten festgesetzt. War auch die fünfjährige Vertragsdauer abgewehrt und eine dreijährige vereinbart, der Lohn in dieser Zeit um 5 Pfg. erhöht, so waren die Kollegen mit dem einen Pfennig Lohnhöhung für dieses Jahr nicht einverstanden und wurde dieses in einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck gebracht. Eine ganze Anzahl Kollegen konnte zunächst wegen Arbeitsmangel nicht in Arbeit treten. Beteiligt waren 262 verheiratete Kollegen mit 406 Kindern und 21 ledige. Die Gesamtausgabe betrug 28 071,20 Mk. für Lübeck. Der Verlust an Arbeitszeit war 19 664 1/2 Tage mit einem Arbeitsverdienstverlust von 68 201,55 Mk. Auch brachte uns die Aussperrung zwei Anklagen, wovon die erste mit 6 Wochen und die zweite mit 8 Wochen Gefängnis endeten. Eine Anklage wegen Forderung von 52 Mk. nebst 4 Proz. Zinsen ist noch unentschieden. An der Aussperrung bezw. Streik der Werftarbeiter waren 11 verheiratete Kollegen mit 25 Kindern und 8 ledige beteiligt. Die Gesamtausgabe hierfür betrug 1464,50 Mk., Verlust an Arbeitsverdienst für 602 1/2 Tage 2397,03 Mk. Es sekte nun auch allmählich eine bessere Baulätigkeit wieder ein, oftmals war sogar Nachfrage nach Bauhilfsarbeitern vorhanden und waren dadurch die Kollegen fast bis zum Schluß dieses Jahres alle in Arbeit. Die geschäftlichen Anlässigkeiten fanden ihre Erledigung in 27 Sitzungen des Vorstandes, 5 Sitzungen der Tarifkommission, 4 Baubelegerungsitzungen, 5 Sitzungen mit den Arbeitgebern, 7 mit den Arbeitgebern Schwartaus, eine Tarifverhandlung in Kiel, 2 kombinierte Vorstandssitzungen und 8 betriebs-Gewerkschaftshäuser. Abgehalten wurden 20 regelmäßige Mitglieder-versammlungen, 8 außerordentliche, 8 gemeinschaftliche; in 2 wurden Vorträge gehalten. Die Besucherzahl war im Durchschnitt 102, die höchste 285, die niedrigste 28. Die Mittaliederzahl war durchschnittlich 517. Aufgenommen wurden 161, zugeworben, vom Militär zurück 2, übergetreten 10, der Abgang war: 7 gestorben, ausgetreten 74. Wegen Schulden mußten 44 gestrichen werden, abgerufen sind 28, 8 zum Militär, 2 mußten ausgeschlossen werden. Der Kassenbericht ist folgender: An die Hauptkasse gelangt 13 324,64 Mk., Zuschuß von der Hauptkasse erhalten an Krankengeld 1841,50 Mk. für 82 Kollegen mit 1878 Tagen; von den Beteiligten war einer 5mal und drei 2mal in diesem Unterstüzungsjahr erkrankt. Sterbegeld 600 Mk. für 6 Kollegen und 8 Frauen. Reiseunterstützung nach § 13 19 Mk. Gemäßigter-Unterstützung 29,60 Mark. Rechtsschutz 100 Mark. Für eine statische Aufnahme 23,25 Mark. Gehaltszuschuß 600 Mark. Lokalkasse: Einnahme 4608,72 Mark. Die Ausgabe betrug 3921,61 Mk. und 500 Mk., welche der Hauptkasse zur Aussperrung überwiesen wurden. Dem deutschen Bauarbeiter-Verband konnten 185,11 Mk. überwiesen werden. Die Agitation wurde uns zu Anfang dieses Berichtsjahres sehr durch die Aussperrung erschwert, wir konnten aber nach der Aussperrung im Spätsommer umso besser damit einlehen, und ist es uns dann auch mit Hilfe der Kollegen gelungen, die Zahl der vor der Aussperrung aus unserem Verbände fahnenflüchtig Gewordenen wiederzugewinnen. Auch war es uns durch die Ausführung mehrerer größerer Bauten in Travemünde mit Unterstützung der Maurer möglich, die seit längerer Zeit eingegangene Zahlstelle wieder zu errichten; ebenfalls gelang es in Timmen-dorf und Miendorf, wo wir sonst gar keine Kollegen zu verzeichnen hatten, eine ganze Anzahl dem Verbände zuzuführen. Wie traurig es hier mit dem Lohn des Bauhilfsarbeiters bestellt ist, ergibt sich schon daraus, daß derselbe noch 18 Pfg. unter dem eines Maurers ist.

Im Jahre 1885 traten auch hier in Lübeck einige Parteilgenossen zusammen, um Beratungen darüber zu pflegen, wie eine Besserung ihrer Lebenslage zu ermöglichen sei. Im Frühjahr 1886 wurde dann auch ein Lokalverein der Bauhilfsarbeiter gegründet. Der Organisationsgedanke hatte sich nun auch bei den ungelerten Arbeitern Eingang verschafft und brachte man es bald zu der stattlichen Zahl von 200 Mitgliedern. Der Beitrag betrug monatlich 20 Pfg. In welcher tieftraurigen Lage sich in diesen Jahren ein Maurerhandwerker, wie man die Arbeiter nannte, damals befand, beweist uns am besten der Lohn, der gezahlt wurde, er betrug für leichtere Arbeiten 18—20 Pfg. und für Steine- und Mörtelträger 20—22 Pfg., doch schwante der Lohn sehr und wurde meistens nach Angebot und Nachfrage geregelt. Die erste Lohnbewegung fand schon im Gründungsjahr statt. Die Forderung war ein Stundenlohn von 30 Pfg. Doch mußten auch hier in Lübeck die Maurerhandwerker sehen, daß zur Führung einer Lohnbewegung eine disziplinierte Mitgliedschaft und auch Geldmittel gehörten. Der Zusammenhalt war aber ein recht loser und Geldmittel waren so gut wie garnicht vorhanden. Erreicht wurde nichts und mußte die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden. Die Dauer der Lohnbewegung war 14 Tage. Der Gedanke des Zusammenhaltens in einer Vereinigung hatte aber doch Wurzel gefaßt. Die Kollegen ließen sich durch diese Niederlage nicht irre machen, und arbeiteten ruhig auf der bereiteten Bahn weiter. Im Jahre 1889 fand nun der erste Kongreß der Bauhilfsarbeiter in Magdeburg statt. Hier wurde denn auch der engere Zusammenhalt warm befürwortet und die Vorarbeiten zu einem Zentralverband in die Hand genommen. Im Jahre 1891 fand dann der zweite Kongreß zu Hannover statt und wurde die Zentralorganisation gegründet. Der Anschluß an den Zentralverband wurde seitens der Lübecker Mitgliedschaft trotz aller Machinationen von gegnerlicher Seite von 80 Kollegen vollzogen. Es ließ sich in damaliger Zeit aber nicht viel erreichen und legte man das Hauptgewicht darauf, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir können heute wohl mit Recht sagen, dieses ist hier in Lübeck der Organisations gelungen. Der Beitrag wurde nun monatlich auf 30 Pfg. festgesetzt, auch mußte jeder Kollege eine Verbandsstämme a 50 Pfg. liefern. Der Lohn war aber auch mit den Jahren durch Vorgehen bei den einzelnen Meistern schon etwas aufgebeßert und betrug 28 bis 30 Pfennig, doch wurden auch bei einigen Meistern höhere Löhne bezahlt, besonders bei den Kleinmeistern. Lohnforderungen wurden nun jedes Jahr den Meistern zugewandt, doch wurde uns nicht einmal eine Antwort darauf zuteil; man hielt dies damals wohl für unwürdig. Ließ sich doch der Herr Oldenburg, welcher noch vor kurzem Vetter der Organisation der Maurer gewesen, herbei, bei einer Unterhandlung zu erklären, die Bauhilfsarbeiter wären nur Auswurf der Menschheit. Die Bauhilfsarbeiter haben es durch ihre Organisation trotzdem verstanden, sich Gleichberechtigung zu verschaffen.

Mögen die Kollegen dem Verbände treu bleiben, um mit dabei helfen zu können, besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen für die Bauhilfsarbeiter auch hier zu erwirken. Das Kampfesjahr 1910 liegt nun hinter uns; möge jeder Kollege die kommenden beiden Jahre des Friedens zur Stärkung und Festigung der neuen Organisation ausnutzen, dann können wir in dem Bemühen, unsere Pflicht erfüllt zu haben, ruhig dem Jahr 1912, mozu das Unternehmertum jetzt schon wieder rüftet, entgegen gehen.

**Die Ortsverwaltung.**  
pd. **Verhafteter Rohling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Kodz in Rußland, der in der Nacht vom 11. zum 12. d. M. bei einer in Groß-Barnik stattgehabten

Schlageret, in Gemeinschaft mit einem andern Arbeiter, einen Pferdewagen derartig verletzete, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

pb. **Gestohlener Überzieher.** Am 14. ds. Mts., abends ist vom Flur des Hauses Weddergrube Nr. 4 ein neuer brauner Herren-Überzieher, sowie ein graugeschleiftes Herren-Jackett abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Überzieher stecken ein Paar braune Handschuhe und eine bezahlte Rechnung des Stahelmeyers Deitmann. Der rechte Handschuh hat nur vier Finger. Der Überzieher hat braunen Sammetkragen und große Hornknöpfe.

**Die Al-Urband-Sch** wird im Hansa-Theater zu Lübeck ein 14tägiges Gastspiel absolvieren, ehe sie sich auf ihre große transoceanische Tournee begibt. Sie bringt die neuer Spektakel des Scetches und der parodistischen und mienerischen Charakter in strahlender Vollendung und in einem Rahmen, der die Eleganz der mondänen Welt glauben machen läßt. „Wie hierher und nicht weiter“, „Der Detektiv“, „Das Loch im Strumpf“, „Disziplinärarrest“. Die Titel lassen kaum ahnen, welche Fälle barocker Einfälle und exquister Plakartieren sie umschließen.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, geht als zweite Vorstellung im Wagner-Zyklus die „Lohengrin“ in Szene. — Am Freitag findet die Erstaufführung der Lustspiel-„Novität“ „Der König“ von Gaillois und de Hers statt. Mit einem glänzenden durchschlagenden Lacherfolg wurden die Aufführungen des Stückes an vielen Bühnen begleitet. Das Lustspiel enthält Situationen von größter Schlagkraft. — In Vorbereitung für Sonnabend befindet sich das Schauspiel „Alt-Heidelberg“ von Meyer-Förster.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt das Lustspiel „Die relegenden Studenten“ von Benediz und hierauf der Schwank „In Jivvi“ von Kadelburg zur nochmaligen Aufführung.

pb. **Obedioce.** Diebstahl. In der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. sind bei einem Uhrmacher in Obedioce mittels Einbruch gestohlen: 150 verschiedene Taschenuhren, darunter 60 neue, 80 silberne Herren-Uhrketten, 6 silberne Damen-Uhrketten und 8 silberne lange Damen-Uhrketten. Da auch ein graubrauner Wappkarton fehlt, so wird vermutet, daß der Täter die gestohlenen Gegenstände in diesem Karton mit sich führt.

**Lüthjeen.** Ein großes Feuer zerstörte in der Nacht zum Freitag auf dem Gute Grabow, dem Rittergutsbesitzer v. Plato gehörig, fast sämtliche Wirtschaftsgebäude. Das Feuer brach gegen 2 Uhr in der sog. großen Winterscheune aus, in welcher die Futter- und Erntevorräte, sowie sämtliches Ackergerät der Miesteute lagerten. Dann sprang es über auf das Viehhäus, das vom Pächter Wagnere und dem Hofmeister Hildebrandt bewohnt wurde. Ersterem verbrannten 2 Kühe, 1 Kalb und 1 Pferd, beiden sämtliches Mobiliar, sowie Futtervorräte und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Schließlich wurde auch noch die Sommercheune vom Feuer ergriffen; sie brannte mit ihrem ganzen Inhalte an Ackergeräten, Heu, Stroh usw. nieder. Ein Kind des Pächters erlitt Brandwunden.

**Schwerin.** Landarbeiterrechte. Der Landarbeiter B. auf Hof Stalendorff bei Holtbusen in Mecklenburg war invalide geworden und bekam neben der geringen Invalidenrente Armenunterstützung vom Gutshof in Gehalt von Wohnung und Acker. Weil davon eine Familie von 2 Erwachsenen und 5 Kindern im Alter von 3—13 Jahren nicht zu leben vermag, nahm die Frau bei Bauern Arbeit, die besser als auf dem Gutshof bezahlt wurde. Als sie der Aufforderung des Gutspächters, auf dem Hof zu arbeiten, nicht nachkam, erstattete dieser Strafanzeige und das Großherzogliche Amt diktierte der armen erplagten Frau 5 Tage Gefängnis zu. Auf ihre Einsprache mußte das Schöffengericht in Schwerin über den Fall verhandeln. Die Frau gab an, sie habe den Gutspächter um Brot gebeten. Dieser habe gesagt, sie sollten erst die Invalidenrente des Mannes verbrauchen. Auch die Abgabe von Holz habe er verweigert. Sie sei dadurch genötigt gewesen, sich das zum Leben Notwendige anderweitig geben zu lassen. Dafür habe sie dann bei den Leuten gearbeitet, wo sie mehr bezahlt bekomme, als auf dem Hof. Das Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf 2 Tage Gefängnis. Nach der Frau mußte ihr Mann, der Invalide, auf die Anklagebank. Er hatte das Verbrechen begangen, den Gutspächter Mann der Lüge zu zeihen. Der Gendarm hatte eines Tages zu ihm gesagt, er werde ins Landarbeiterhaus gebracht, weil seine Frau nicht mehr auf dem Hof arbeite. Tatsächlich hatte die Frau aber zu jener Zeit noch auf dem Gutshof gearbeitet. Die Drohung mit dem Arbeiterhaus habe ihn in Erregung gebracht, daß er gesagt habe, der Gutspächter lüge. Wenn dies eine Beleidigung sei, nehme er das Wort zurück; bleibe aber dabei, daß der Gutspächter die Unwahrheit gesagt habe. Der Amtsrichter erwiderte: Gutspächter, den Strafantrag zurückzunehmen, weil der Angeklagte bei seinem schweren Verzeihen nicht in Stande sei, eine Gefängnisstrafe zu verbüßen und eine Geldstrafe ihn sehr hart treffen würde. Wegen eines schweren Anfalles des Kranken mußte die Verhandlung zeitweilig unterbrochen werden. Der Gemütskrank von Kläger bestand aber auf Durchführung der Klage mit der wegwerfenden Bemerkung: Der Angeklagte verstelle sich nur. Das Urteil lautete auf 10 Mk. Geldstrafe eventuell 2 Tage Gefängnis. Nun drehte der arme Invalide den Spieß um und erhob Privatklage gegen den Gutspächter wegen der beleidigenden Äußerung während der Verhandlung. Sein Armenrechtsgesuch wurde aber mit der Begründung abgewiesen, der Gutspächter habe lediglich in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, als er den Ausspruch tat, und deshalb werde ein Strafverfahren nicht eingeleitet.

### Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Mignon“. Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. So sehr bedauerlich oberflächlich und geistlos die Art auch sein mag, wie man hier Goethes „Wilhelm Meister“ zu einem Operntext verarbeitet hat, ist doch nicht zu leugnen, daß die Musik, die der Franzose Thomas zu „Mignon“ geschrieben hat, reich an Schönheiten und Stimmungsgehalt ist. Deshalb findet die Oper auch noch immer ein dankbares Publikum. Am Montagabend wurde nun die Aufführung von „Mignon“ an unserer Bühne zu einem seltenen Erlebnis für die das Theater bis auf den letzten Platz füllenden Zuhörer, und zwar infolge der glänzenden Wiedergabe der Titelpartie durch Eva n. d. Osten von der Dresdener Oper. Diese eminente Künstlerin, deren prachtvolle Stimmittel in allen Registern von gleichem Wohlklang geklärt sind, deren hohe Gesangskunst durch die Wärme der Empfindung und des Ausdrucks geachtet ist, hob die Gestalt des armen gerauhten Mädchens weit über die Opernkonventionen hinaus. Die lebendige schauspielerische Leistung war der gesunglichen ebenbürtig. Neben dem ausgezeichneten Dresdener Gast waren die ständigen Mitglieder unserer Bühne erfolgreich um die Wiedergabe ihrer Rollen bemüht. H. W. e. c.

hatte als Philine Gelegenheit, sich als vortreffliche Koloraturfängerin zu bewähren. Den Wilhelm Meister gab Herr Wistori mit sympathischem Organ. Im Spiel war er hingegen recht matt; auch der Dialog wurde sehr ausdrucklos von ihm gesprochen. Mit uneingeschränkter Anerkennung verdienen die Herren Langefeld (Lohario), Haas (Friedrich) und v. Schenk (Vaertes) genannt zu werden. Für hübsche Bühnenbilder — wir haben allerdings nur den zweiten und dritten Akt — hatte Herr Kslauß gesorgt. Das Orchester spielte unter Kapellmeister Pfeiffer mit Bravour.

### Bewerkschaftsbewegung.

Zur bevorstehenden Tarifrevision im Buchdruckgewerbe nahm in Berlin am Sonntag eine von etwa 10 000 Personen besuchte Buchdrucker-Versammlung Stellung. Der Gauvorstand hatte Anträge eingebracht, die u. a. eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden vorsehen, eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Proz., einen Mindestwochenlohn von 26,50 Mk. für Gehilfen bis zu 21 Jahren und von 28,75 Mk. für solche über 21 Jahre, Überstunden sollen eingeschätzt werden und dürfen höchstens 5 in der Woche gemacht werden. — In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Anträgen des Gauvorstandes einverstanden. Ein Antrag, eine Lohnerhöhung von 20 Proz. zu fordern, wurde zurückgezogen, um ein einmütiges Votum zu erzielen, und weil vom Vorstand erklärt wurde, daß bei den Verhandlungen auf einer 15prozentigen Lohnerhöhung unbedingt bestanden werde.

Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin, die am Sonntag stattfanden, erzielte der Zentralverband der Handlungsgehilfen einen schönen Erfolg, während der Deutschnationale Verband eine empfindliche Niederlage erlitt. Es waren 12 Listen aufgestellt. Die Deutschnationalen erhielten 49 Mandate, 8 weniger als bisher; der Zentralverband 40, 16 mehr als bisher, der Verein Deutscher Kaufleute verlor 8 Mandate. Die übrigen Mandate verteilen sich auf die verschiedenen kaufmännischen Vereinigungen; die Versicherungsbeamten waren diesmal mit einer selbständigen Liste vorgegangen. Der Wahlkampf wurde von allen Verbänden mit besonderem agitatorischen Aufwand betrieben.

Das Zentralstichtungsgericht für das Baugewerbe tritt am 16. Februar d. J. zu seiner ersten Tagung in Berlin (Reichstagsgebäude) zusammen. Vorgesetzt sind drei Verhandlungstage: Donnerstag, Freitag und Sonnabend. Ob es in dieser Zeit den vorliegenden Stoff bewältigen wird, ist allerdings fraglich. Auf der Tagesordnung stehen 106 Beschwerdebefristen, die zusammen 145 Streitpunkte umfassen. Von den den Verbänden bis jetzt vorgelegenen 67 Beschwerdebefristen sind 42 vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eingebracht, 8 von dem Deutschen Bauarbeiterverband und Zimmererverband gemeinsam, 6 vom Deutschen Bauarbeiter-

verband allein, 8 vom Zimmererverband allein, 2 vom Christlichen Bauarbeiterverband allein und 1 vom Deutschen Bauarbeiterverband und vom Christlichen Bauarbeiterverband gemeinsam. In den überwiegenden Fällen (42 von 67) sind also Arbeitgeberverbände Beschwerdeführer. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß in allen oder auch nur in der Mehrzahl dieser Fälle die Arbeiter die Beschwerdeführer wären, sondern im Gegenteil, in der Mehrzahl dieser Fälle werden Zumutungen an die Arbeiter gemacht, die man als Lohn auf einen paritätischen Tarifvertrag bezeichnen kann.

**Tarifvertrag im Böttchergewerbe.** Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die Fassfabriken des Inlandes befinden, gelang es dem Zentralverband der Böttcher und Hilfsarbeiter, einen Tarifvertrag mit der Fassfabrik Kammerer in Zwettau abzuschließen. Die Stundenlöhne werden bis zum dritten Vertragsjahr durchschnittlich um 4 Pfg. erhöht. Das bedeutet eine wöchentliche Zulage von 2,40 Mk. für den Arbeiter. Der Tarif wurde auf 4 Jahre abgeschlossen.

**Zur Lohnbewegung in den Kinderwagenfabriken in Jett.** Mit dem 11. Februar ist die Kündigung in den Kinderwagenfabriken abgelaufen und die Arbeit dort eingestellt worden, wo eine Einigung mit den Fabrikanten nicht möglich war. Mit einer Firma, die 50 Arbeiter beschäftigt, konnte im letzten Augenblick nach einer Verständigung herbeigeführt werden, so daß jetzt in drei Betrieben mit insgesamt 100 Arbeitern zu neuen Vereinbarungen gearbeitet wird. Die übrigen Fabrikanten verhielten sich bis zum letzten Augenblick ablehnend, den Arbeitern blieb darum nichts anderes übrig, als die Betriebe zu verlassen, was denn auch in den meisten Fabriken einmütig geschah. Wo ein Teil Arbeitswilliger stehen geblieben ist, handelt es sich um Leute, mit denen nicht viel Staat zu machen ist. Der Arbeitgeberverband macht auf der ganzen Linie scharf, es wird allem Anschein nach darum zu einem erbitterten Kampfe kommen. Zugang von Korbmachern, Stellmachern, Maschinen- und Metallarbeitern, sowie Sattlern und Madern ist streng fernzuhalten.

Ein schweren Kampf führen die graphischen Arbeiter Finnlands (Buch- und Stein-drucker), die seit mehreren Wochen im Streik stehen. Die Unternehmer haben es zugegeben, auf eine Vertretung der Organisation abgesehen. Die Streikenden stehen fest, was kommen mag. Die Herren Druckereibesitzer setzen wohl ein, daß es mit der Hilfe der bürgerlichen „Intelligenz“, die sich zu Beginn des Kampfes so arbeitswillig gebärdete, nicht weit her ist. Deshalb ist der Buch- und Stein-druckereibesitzer J. Liedemann von Wiborg nach Hamburg gereist in der Hoffnung, hier einige Streikbrecher anwerben zu können. Unsere Freunde im graphischen Gewerbe seien hiermit auf diesen Herrn aufmerksam gemacht. Es möge darauf geachtet werden, daß nicht versucht wird, graphische

Arbeiter unter falscher Flagge als Arbeitswillige nach Finnland zu verschleppen.

### Literarisches.

#### Eingegangene Schriften und Bücher.

**Nutzen und Schaden unserer Vögel** von Rud. Zimmermann mit 15 Abbildungen und 6 Tafeln im Text. Verlag von Theob. Thomas, Leipzig. (Geschäftsstelle der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft.) Preis 1 Mk., eleg. gebunden 1,60 Mk. Das Buch erstreckt keineswegs, wie dies vielleicht aufs erste erscheinen könnte, die scharfe Trennung unserer Vogelwelt in nützliche und schädliche Arten; es will vielmehr zeigen, daß Nutzen und Schaden nur relative Begriffe sind und daß wir, wie im Reiche der Natur überhaupt, auch unter der Vogelwelt keine absolut schädliche Art besitzen, umgekehrt aber auch bei keiner Art von einem ausschließlichen Nutzen reden können; weiter will der Verfasser aber auch zeigen, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Bewertung einer Vogelart allein garnicht ausschlaggebend sein dürfen. Er fordert deshalb Gerechtigkeit gegen die Natur und die geringste ihrer Kreaturen, Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit, gegenüber selbstsüchtigen Bestrebungen einzelner, die Wahrung ideeller Werte gegenüber dem Zurschauftragen des Selbstzweckes. In reizender Darstellung versteht es der Verfasser in diesem Sinne um Liebe für unsere Vogelwelt zu werben und ihre neue Anhänger zuzuführen. Das Bändchen bildet zugleich die dritte Buchbelle zur „Natur“, der Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, und ist wie alle Veröffentlichungen dieser Gesellschaft schon ausgestattet und mit zahlreichen Abbildungen geschmückt.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt** vom 14. Februar. Auftrieb 6400 Schweine. — Markt wenig reger. — Überstand — Stille.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 58,00 bis 59,00 (46,50 bis 47,00 Mk.). Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 57,— bis 58,— (45,50 bis 46,50) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 57,50 bis 59,00 (45,00 bis 46,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 57,50 bis 59,00 (45,00 bis 46,00 Mk.).

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**Arbeiter-Bildungsverein.**  
Vorstandssitzung  
Donnerstag, den 16. Februar,  
abends 8 1/2 Uhr.

**Deutscher Transportarbeiterverband**  
Mitgliedschaft Lübeck.

Am Montag abend verstarb unser langjähriger Kollege, der Schauer-

**Nicolaus Plehn.**  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 2 Uhr von der Bormerker Friedhofskapelle aus statt.  
Abmarsch der Kollegen nachmittag 1 1/2 Uhr vom „Weißen Hirsch“.  
Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 13. Februar, starb unser Mitglied, der Kollege  
**Joh. Wilms.**  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Bormerker Friedhofes aus statt.  
Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme an derselben nachmittags 1 1/2 Uhr beim „Weißen Hirsch“.  
Die Ortsverwaltung.

In sofort oder später  
Kottwitzerstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres  
Kottwitzerstraße 48, pt., l.

In vermieten freundliches heizbares Logis  
Kreuzstraße 11 b.  
**Mehl, Futtermittel, Süßfrüchte**  
Spezial-Geschäft  
**C. Breitstadt,**  
Bergstraße 73.

**Carl Folkers Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.

**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Maskenostüme**  
für Damen und Herren in großer Auswahl empfiehlt  
**H. VITENSE, Johannisstr. 47, I.**  
Elegante Maskenanzüge für Herren u. Damen empfiehlt billigst  
Frau Anna Klempau,  
Gartenstraße 33, I.

**Herm. Wiase, Pansdorf,**  
empfiehlt Cherry, Tarragona, Portwein, Vermouth, Muscat, med. Ungarwein, Madeira, Lacrymae Christi, Marfala in besten Qualitäten glasweise und in Flaschen.  
Unsere Lesern zur Kenntnis, daß das Werk

**NAPOLEON**  
nunmehr wieder vorrätig ist.  
Preis Mk. 3.—  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Achtung!**  
**Lastdienerarbeiten!**  
Mitglieder-Versammlung  
am Donnerstag, 16. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Tages-Ordnung:  
Jüngere Verbandsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Transp. Ferkel** wie sämtl. Erfaß fertig steht billig zum Verkauf. **Joh. Ahrens,** Kremkamp 12, bei Lübeck.  
**Haar** Flechten, Unterlagen, so wie sämtl. Erfaß fertig auch von ausgef. Haar billigst an **W. Pusback,** Hüßtr. 43. Zahle höchste Preise f. ausgef. Haar.

Besonders gute  
**Zweite Sorte Meierei-Butter**  
pro Pfund 1,30 Mk.  
empfehlen  
**Th. Storm Nachf.** Fernruf 473.  
Königstr. 98.

Als Bezugsquelle feinsten  
**Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurten etc.**  
empfiehlt sich die Firma  
**H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge), Fischergrube 61.**

**Hansa-Theater.**  
Vom 16. bis 28. Februar  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Sensations-Gastspiel der  
**All Abroad Comp.**  
mit ihren Schlagern  
„Das Loch im Strumpf.“  
„Der Detektiv.“  
„Bis hierher u. nicht weiter.“  
„Disziplinar-Arrest.“  
Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten wochentags gültig.

**Central-Hallen.**  
Donnerstag, den 16. Februar 1911:  
**Benefiz-Ball der Bedienung.**  
Anfang 8 Uhr. Hierzu ladet freundlich ein  
Eintritt 50 Pfg.  
Die Bedienung.

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, 16. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Tages-Ordnung:  
1. Beratung der zur Genera-  
versammlung gestellten Anträge.  
2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Achtung „UNIVERSUM“.**  
Morgen Donnerstag, 16. d. M.:  
Großer

**Elite-Komödien-Abend.**  
Papa Querkopf und Klettermann auf dem Rachehofen.  
NB. Großer Damen-Abend.  
Einzelne Damen in Begleitung von Herren haben freien Eintritt.  
L. Puls.

**Stadthallentheater.**  
Donnerstag, 16. Febr. Abds. 8 Uhr  
**Die relegierten Studenten.**  
Lustspiel von Robert Benedix.  
Hierauf: **In Zivil.**  
Schwan von Rabelburg.  
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Rohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 16. Febr. Abds. 7 Uhr.  
Voll-Ab. 131. Donnerstags-Ab. 21.  
**2. Vorstell. im Wagner-Zyklus.**  
**LOHENGRIN.**  
Große Oper von R. Wagner.  
Freitag, 17. Februar. 7 1/2 Uhr.  
Zum 1. Male! Neu!  
**Der König (Le Roi).**  
Lustspiel von Caillabet u. de Flers.  
Vorläufige Anzeige.  
Sonntag, 19. Februar. 7 1/2 Uhr.  
**3. Vorstell. im Wagner-Zyklus.**  
Gewöhnliche Opern-Preise!  
Gastspiel d. Kap. Kammerfängers  
**Alois Pennarini**  
vom Hamburger Stadttheater.  
**Tannhäuser.**  
Große Oper von R. Wagner.